

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2009-2010

September 2009

SPERRFRIST: Freitag, 25. September 2009, 11:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna



# **Prognose der österreichischen Wirtschaft 2009-2010**

**Jahresmodell LIMA/05**  
**September 2009**

Die ökonometrischen Modellprognosen  
werden von einer Arbeitsgruppe  
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer  
Ines Fortin  
Daniela Grozea-Helmenstein  
Jaroslava Hlouskova  
Helmut Hofer  
Robert M. Kunst  
Ulrich Schuh  
Edith Skriner  
Ludwig Strohner  
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm  
des Instituts für Höhere Studien

**Contact:**

Bernhard Felderer  
☎: +43/1/59991-125  
email: felderer@ihs.ac.at

Helmut Hofer  
☎: +43/1/599 91-251  
email: hofer@ihs.ac.at

Ulrich Schuh  
☎: +43/1/599 91-148  
email: schuh@ihs.ac.at

Tanja Gewis  
Public Relations  
☎: +43/1/599 91-122  
email: gewis@ihs.ac.at

---

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundes (BM für Finanzen und BM für Wissenschaft und Forschung), der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung und Zusammenfassung</b>	<b>1</b>
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse .....	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse .....	5/6
<b>2.</b>	<b>Die internationale Konjunktur</b>	<b>7</b>
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen .....	7
	2.2 Länderprognosen .....	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen .....	18
<b>3.</b>	<b>Die österreichische Außenwirtschaft</b>	<b>19</b>
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten .....	20
<b>4.</b>	<b>Perspektiven der Inlandskonjunktur</b>	<b>21</b>
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte .....	21
	Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände .....	23
	Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate .....	23
	Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie .....	24
	Abbildung: Inflationsrate .....	27
	Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2009 .....	29
<b>5.</b>	<b>Monetäre Prognose</b>	<b>31</b>
	Texttabelle: Leitzinsen .....	31
	Abbildung: Ergebnisse der monetären Prognose .....	33
	<b>Tabellenanhang</b>	<b>34</b>



# 1. Einleitung und Zusammenfassung

## Talfahrt der Weltwirtschaft gestoppt

Nach exorbitanten Einbrüchen im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 stabilisierte sich die Weltwirtschaft im zweiten Quartal 2009. So schrumpfte die Wirtschaftsleistung in den USA um 0.3 % gegenüber dem Vorquartal, nach Werten von 1.6 % und 1.4 % in den Vorquartalen. In der Europäischen Union ist das BIP gegenüber dem Vorquartal nur noch um 0.2 % gefallen, nach Rückgängen um 2.4 % und 1.9 % in den beiden Vorquartalen. Insbesondere in Deutschland und Frankreich hellte sich die Wirtschaftslage auf, schwach bleibt die Konjunktur hingegen im Vereinigten Königreich und in Spanien. Auch in Asien (China, Japan) erholte sich die Wirtschaft schneller als erwartet. Es mehren sich die Anzeichen, dass die tiefste Rezession der Nachkriegszeit ausläuft. Die Lage auf den Finanzmärkten hat sich entspannt und die Aktienmärkte haben zugelegt. Stimmungsindikatoren und Auftragseingänge deuten auf eine spürbare Belebung der Wirtschaftsleistung im zweiten Halbjahr 2009 hin. Das Institut geht aber nicht davon aus, dass die Weltwirtschaft auf einen dynamischen Wachstumspfad einschwenkt. In der Vergangenheit folgten auf realwirtschaftliche Krisen, die mit Finanzkrisen verbunden waren, nur verhaltene Aufschwünge. Weiters könnten auch die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen bei den öffentlichen Haushalten sowie verschärfte Finanzierungsbedingungen das Wachstumspotenzial dämpfen.

Laut den Daten der Quartalsrechnung der österreichischen VGR hat die weltweite Wirtschaftskrise Österreich voll erfasst. So ist das BIP im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um 4.6 % geschrumpft. Besonders schwach entwickelten sich die Exporte und die Bruttoinvestitionen. Im Einklang mit der internationalen Entwicklung hat sich aber auch in Österreich das Tempo des Wirtschaftseinbruchs verlangsamt. Im zweiten Quartal ist die Wirtschaftsleistung um 0.5 % gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. Nach einem Rückgang um 1 % im vierten Quartal 2008, betrug der Einbruch im ersten Quartal 2.7 %. Aufgrund der Entwicklung im zweiten Quartal sowie der verbesserten internationalen Rahmenbedingungen hebt das Institut seine Konjunkturprognose für Österreich etwas an. Das österreichische BIP wird 2009 um 3.8 % schrumpfen, nächstes Jahr dürfte ein positives Wirtschaftswachstum von 1 % erzielt werden.

Dieser Prognose liegt folgende Einschätzung der internationalen Konjunktur zugrunde. Die Wirtschaft der USA wird 2009 um 2.7 % schrumpfen, 2010 könnte sie mit einem Wachstum von 1.7 % wieder deutlich an Fahrt gewinnen. Im Jahresdurchschnitt 2009 geht die Wirtschaftsleistung im Euroraum um 3.9 % zurück, für nächstes Jahr wird ein Wachstum von 1 % erwartet. Nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 5 % in diesem Jahr, könnte die deutsche Wirtschaft wieder um 1.2 % wachsen. Mit 1 % wird das Wachstum in Mittel- und Osteuropa im nächsten Jahr nur verhalten ausfallen.

Nach wie vor besteht beträchtliche Unsicherheit über die weitere Konjunkturentwicklung, vor allem für das nächste Jahr. Die Bedingungen auf den Finanzmärkten haben sich zwar stabilisiert, aber durch die realwirtschaftliche Krise verursachte hohe Kreditausfälle könnten den Bankensektor belasten und

die Realwirtschaft negativ beeinflussen. Die stark steigende Staatsverschuldung könnte zu einem Anziehen der längerfristigen Zinsen führen. Weiters könnte die steigende Arbeitslosigkeit im Verein mit Vermögenseffekten den Konsum der privaten Haushalte nachhaltig dämpfen. Allerdings besteht auch ein gewisses Aufwärtsrisiko, da ein Anziehen der Nachfrage zu einem verbesserten Konsumenten- und Unternehmerv Vertrauen führen könnte.

Der private Konsum stützt die Wirtschaftsentwicklung in Österreich. Die hohen Lohnabschlüsse des Vorjahres, die geringe Inflation und insbesondere die Steuerreform beleben die Realeinkommen der Haushalte. Das Institut erwartet einen Anstieg der realen privaten Konsumausgaben von 0.3 % in diesem Jahr. Im kommenden Jahr sollte der private Konsum um 0.5 % zulegen. Für die Sparquote impliziert diese Prognose eine Stagnation im heurigen Jahr und einen Anstieg um 0.5 Prozentpunkte im nächsten Jahr.

Die Konjunkturkrise verursachte weltweit einen Einbruch der Investitionstätigkeit. Diese Entwicklung zeigt sich auch in Österreich. In der ersten Jahreshälfte lagen die Ausrüstungsinvestitionen um 15 % unter dem Vorjahresniveau, der Rückgang bei den Bauten betrug 7.7 %. Ab der zweiten Jahreshälfte sollte sich aufgrund der verbesserten Wirtschaftsaussichten und der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen die Investitionstätigkeit etwas beleben. Höhere Finanzierungskosten sowie die schwache Kapazitätsauslastung wirken hingegen dämpfend. Die Prognose ergibt für 2009 ein Schrumpfen der Ausrüstungsinvestitionen um 12 %. Bei den Bauinvestitionen wird ein Rückgang um 4 % erwartet. Aufgrund des starken Lagerabbaus gehen die Bruttoinvestitionen um 10.8 % zurück. Für das nächste Jahr wird von einer Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen und einem leichten Rückgang beim Bau (-1 %) ausgegangen. Die Bruttoinvestitionen werden annähernd stagnieren (-0.2 %).

Die Weltrezession schlägt voll auf die österreichische Außenwirtschaft durch. Laut vorläufigen Berechnungen der Statistik Austria sind die Güterexporte in der ersten Jahreshälfte um nominell 24.5 % gesunken, bei den Importen betrug der Rückgang 21.2 %. Für das Gesamtjahr 2009 erwartet das Institut eine Verminderung der realen Warenexporte laut VGR um 16 %. Damit fallen die Warenexporte wieder auf das Niveau von 2005 zurück. Für die realen Exporte im weiteren Sinne laut VGR impliziert die Prognose ein Schrumpfen um 13.5 %. Aufgrund der schwachen Binnennachfrage und der Vorleistungsverflechtungen geht auch die Importtätigkeit stark zurück. Die realen Warenimporte sinken im heurigen Jahr um 13.5 %, die realen Importe im weiteren Sinne laut VGR um 12.1 %. Erstmals seit 2003 liefert die Außenwirtschaft einen negativen Wachstumsbeitrag. Im Einklang mit der Belebung des Welthandels wird die Außenhandelsdynamik 2010 wieder anziehen. Das Institut geht von einem Wachstum der Warenexporte um 4.5 % aus, die Exporte im weiteren Sinne sollten um 3.8 % zulegen. Die Importe steigen mit 3.5 % bzw. 2.9 % etwas schwächer.

Nach den sehr hohen Werten im Vorjahr haben der weltweite Fall der Energie- und Rohstoffpreise sowie die schwache Konjunktur zu einer deutlichen Verlangsamung des Preisauftriebs geführt. In den Monaten Juni und Juli war die Inflationsrate sogar leicht negativ. In den kommenden Monaten wird die Inflation wieder etwas anziehen, sodass das Institut für den Jahresdurchschnitt 2009 weiterhin eine



Inflationsrate von 0.6 % erwartet. Nächstes Jahr dürfte, insbesondere aufgrund der wieder anziehenden Energiepreise, die Inflation 1.4 % betragen.

Die Rezession hinterlässt tiefe Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Im gesamten Prognosezeitraum wird die Zahl der Beschäftigten rückläufig sein und die Arbeitslosigkeit stark steigen. Für den Jahresdurchschnitt 2009 erwartet das Institut einen Beschäftigungsrückgang um 1.5 %, dieser wird durch die Kurzarbeit und die prozyklische Entwicklung der Arbeitsproduktivität etwas gedämpft. Im kommenden Jahr dürfte die Beschäftigung um durchschnittlich 0.8 % sinken. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition wird in diesem Jahr 7.5 % betragen und nächstes Jahr auf 8.4 % klettern. Für die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition impliziert dies Werte von 5.0 % und 5.8 %.

Die Konjunkturkrise dominiert die Budgetentwicklung im Prognosezeitraum. Das Institut erwartet für dieses Jahr ein Budgetdefizit von 4.4 %, nächstes Jahr könnte es auf 5.4 % steigen. In der gegenwärtigen Konjunktursituation erscheint eine rasche Rückführung des Defizits noch nicht angebracht. Nach Ende der Krise sind aber entschlossene Konsolidierungsanstrengungen notwendig, um die Nachhaltigkeit des Budgetpfads abzusichern. Die Ausschöpfung aller Effizienzpotenziale, etwa bei der öffentlichen Verwaltung, der Regelung der Beziehung der Gebietskörperschaften untereinander, aber auch im Bildungs- und Gesundheitswesen, ist unbedingt erforderlich.

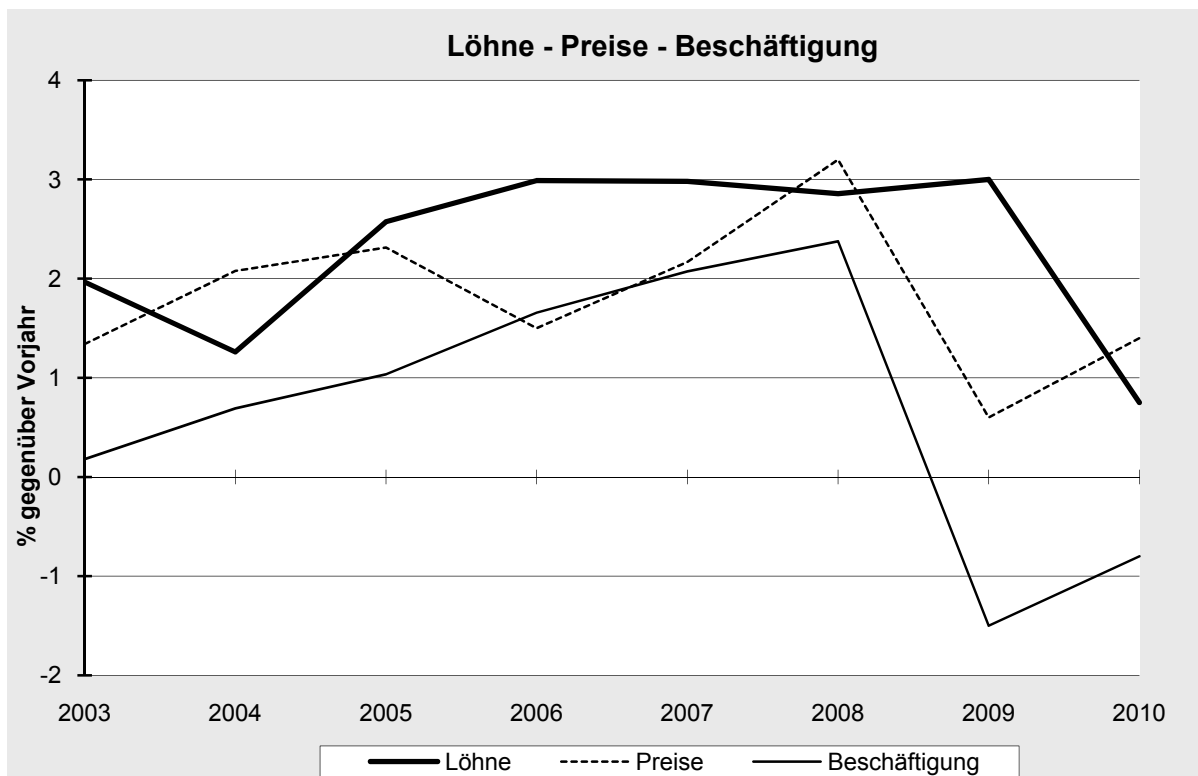
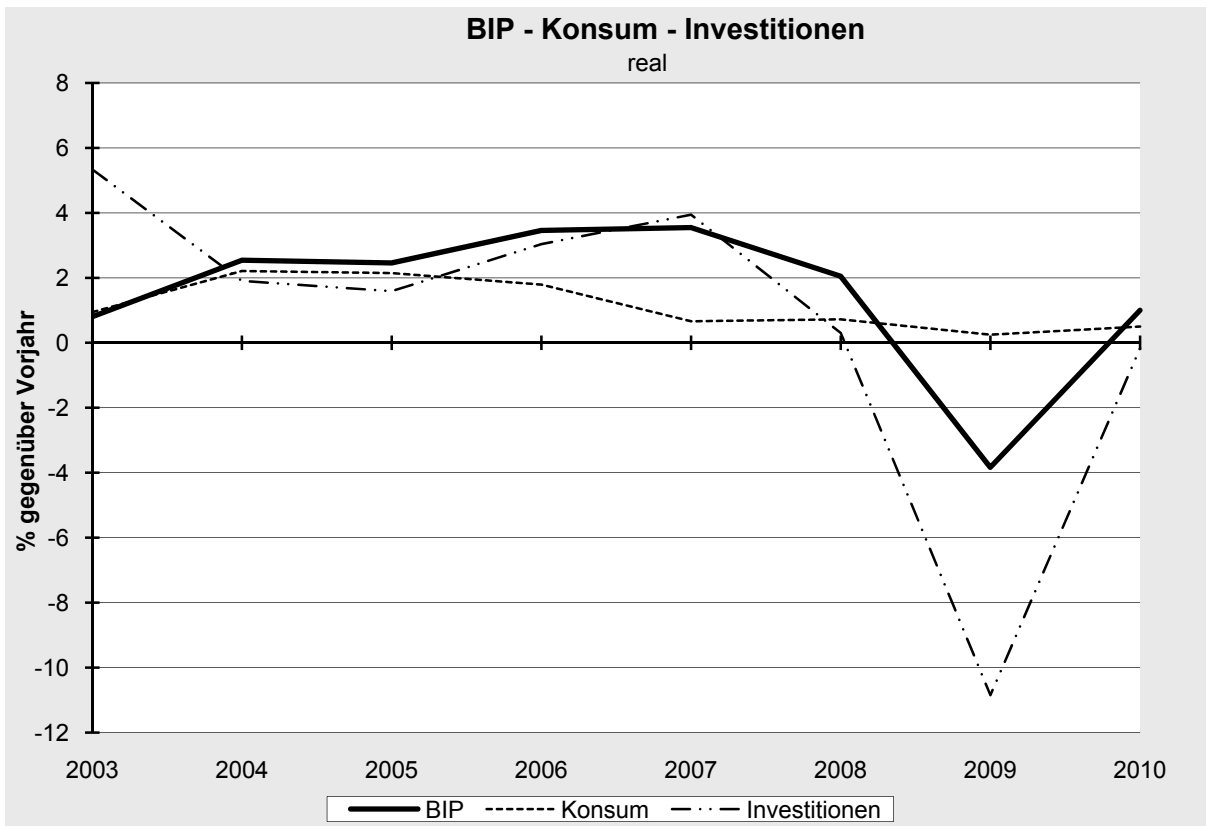
## Wichtige Prognoseergebnisse

### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

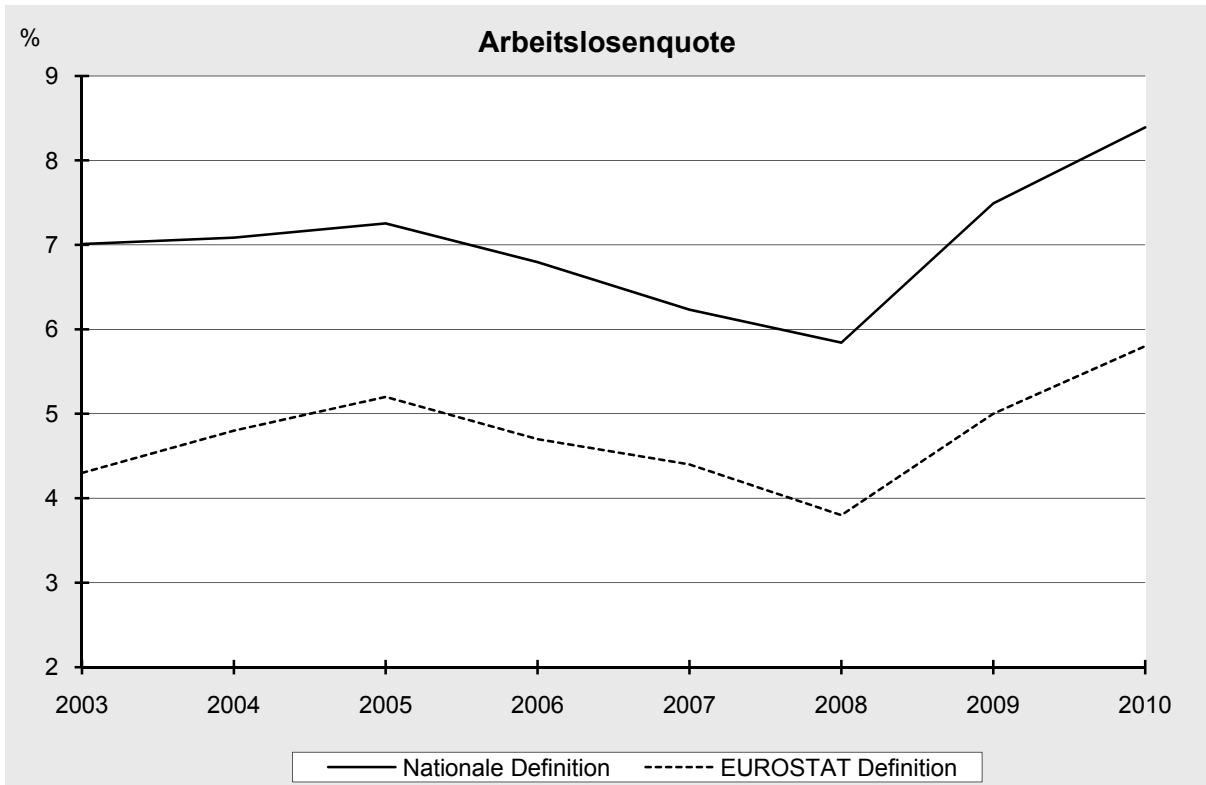
	2008	2009	2010
Bruttoinlandsprodukt, real	2.0	-3.8	1.0
Privater Konsum, real	0.7	0.3	0.5
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	0.3	-10.8	-0.2
Ausrüstungsinvestitionen, real	0.1	-12.0	0.0
Bauinvestitionen, real	1.8	-4.0	-1.0
Inlandsnachfrage, real	1.3	-2.3	0.4
Exporte i.w.S., real	0.8	-13.5	3.8
Waren, real (laut VGR)	0.2	-16.0	4.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	7.1	-5.5	-1.5
Importe i.w.S., real	-0.7	-12.1	2.9
Waren, real (laut VGR)	-0.5	-13.5	3.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-2.6	-3.5	-1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2.4	-1.5	-0.8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>*)</sup>	5.8	7.5	8.4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>*)</sup>	3.8	5.0	5.8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.9	3.0	0.8
Preisindex des BIP	2.0	1.5	1.0
Verbraucherpreisindex	3.2	0.6	1.4
3-Monats-Euribor <sup>*)</sup>	4.6	1.2	1.2
10-Jahres-BM-Rendite öst.Staatsanleihen <sup>*)</sup>	4.3	4.0	4.2

<sup>\*)</sup> absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2





## 2. Die internationale Konjunktur

### 2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Nach dem starken Konjunkturreinbruch hat sich die Lage der Weltwirtschaft im zweiten Quartal wieder aufgehellt. Umfangreiche Konjunkturprogramme (Infrastrukturprojekte, Steuererleichterungen), die expansive Geldpolitik und massive Kreditvergaben z. B. durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds haben das Wirtschaftswachstum in vielen Ländern gestützt und die Basis für eine Erholung der Weltwirtschaft geschaffen. In Asien sind derzeit die Bedingungen für einen Wirtschaftsaufschwung am besten. Inzwischen haben sich auch die Geschäftserwartungen für die USA, Westeuropa und Russland aufgehellt.

Laut Bank für internationalen Zahlungsausgleich haben sich die Finanzmärkte im dritten Quartal merklich stabilisiert. Auch Frühindikatoren zeigen an, dass der konjunkturelle Aufschwung Ende 2009 greifen könnte. Der *Baltic Dry Index*, ein Frühindikator für die Exporte, steigt bereits seit Jahresbeginn steil an. Der ifo-Weltwirtschaftsklimaindikator ist im dritten Quartal zum zweiten Mal in Folge gestiegen. Dies resultiert in erster Linie aus den deutlich günstigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Doch auch die Einschätzungen der derzeitigen wirtschaftlichen Lage haben sich erstmals seit dem dritten Quartal 2007 leicht gebessert. In der güterverarbeitenden Industrie ist der *JPMorgan Global Manufacturing Purchasing Managers Index* im August weiter gestiegen und weist zum ersten Mal seit Mai 2008 auf eine weltweite Ausweitung der Aktivitäten in diesem Sektor hin. Deutlich verbessert hat sich insbesondere der Teilindex für die Auftragslage. Demnach dürfte die globale Wirtschaft 2010 wieder positive Wachstumsraten aufweisen. Aufgrund der 2009 frei gewordenen Kapazitäten erscheint eine Ausweitung des Investitionsvolumens im kommenden Jahr aber nicht wahrscheinlich. Die Gefahr von Rückschlägen in der konjunkturellen Entwicklung bleibt bestehen, insbesondere wenn Konjunkturprogramme zu früh auslaufen, die Zinsen angehoben werden oder die Rohstoffpreise zu rasch ansteigen. Am Arbeitsmarkt dürften sich die Probleme weiter verschärfen, weil die Nachfrage nach Arbeitskräften moderat bleiben wird. Auch muss die Sanierung der Banken beschleunigt werden, damit die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte wieder gesichert ist. Ein weiteres Problem stellt die hohe Verschuldung der Staatshaushalte dar.

Die globale Wirtschaftsleistung wird im laufenden Jahr spürbar schrumpfen. Der reale Welthandel wird laut Prognose um 14,5 % zurückgehen. Nach einem Wachstum um 0,6 % im Jahr 2008 dürfte das BIP in den OECD-Ländern im Jahr 2009 um 3,6 % sinken. 2010 dürfte das Wachstum 1,4 % betragen. Auch für den Euroraum wird für heuer ein Rückgang der Wirtschaftsleistung erwartet. Nach einem Wachstum um 0,7 % im Jahr 2008 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion 2009 um 3,9 % schrumpfen. Die konjunkturelle Erholung sollte 2010 ein BIP-Wachstum von 1 % ermöglichen.

Die Hoffnung auf ein Ende der Wirtschaftskrise und saisonale Faktoren haben den Ölpreis von 40,5 USD je Barrel im Dezember 2008 auf 72,6 USD im September steigen lassen. In der vorliegenden Prognose wird für das laufende Jahr ein durchschnittlicher Ölpreis von 61 USD

unterstellt. Im Jahr 2010 dürfte der Rohölpreis im Jahresdurchschnitt 80 USD pro Fass ausmachen. Der Euro-Dollar-Wechselkurs sollte 2009 1.39 USD/EUR betragen. 2010 wird ein Wert von 1.35 unterstellt.

Die Wirtschaftsleistung Lateinamerikas dürfte heuer um 2 % sinken. Der Rückgang ist vor allem auf den Konjunkturunbruch im ersten Quartal zurückzuführen. Im zweiten Quartal des laufenden Jahres haben sich jedoch die Wirtschaftsbedingungen in Brasilien wieder aufgehellt. Beschäftigungsprogramme, Steuersenkungen und niedrige Kreditkosten haben dazu beigetragen, dass sich die brasilianische Wirtschaft rascher als erwartet erholen konnte. Die *Credit Suisse* erwartet, dass die brasilianische Wirtschaft 2010 ein Wachstum von 5 % erzielen könnte, nach 0.2 % im laufenden Jahr. Aufgrund der zunehmenden Nachfrage aus den USA dürfte die mexikanische Wirtschaft im dritten Quartal einen Aufschwung erreichen. Durch die auflebende internationale Nachfrage nach Rohstoffen werden die Exporte des gesamten Wirtschaftsraums wieder steigen, womit sich auch die Gewinnaussichten der betroffenen Branchen verbessern.

In den asiatischen Volkswirtschaften hellen sich die konjunkturellen Bedingungen zunehmend auf. China und Indien sind zwar von einem Rückgang der Exportnachfrage betroffen, die Konjunktur der beiden Länder wird aber von der Inlandsnachfrage breit abgestützt. Die chinesische Wirtschaft wird somit 2009 ein vergleichsweise kräftiges Wirtschaftswachstum aufweisen. Nach einer Wachstumsverlangsamung im ersten Quartal gewinnt die konjunkturelle Entwicklung in China an Dynamik, gestützt von massiven Konjunkturprogrammen und niedrigen Zinsen. Die Kreditvergabe wurde erleichtert, und es wurden öffentliche Mittel für Investitionen bereitgestellt. Diese stimulierenden Maßnahmen kommen jetzt zum Tragen. Aufgrund der Zuversicht in das chinesische Wirtschaftswachstum nehmen die Direktinvestitionen wieder zu. Hohe staatliche Infrastrukturausgaben stützen auch die Konjunktur in Indien. Die Tigerstaaten, deren Volkswirtschaften einen sehr hohen Offenheitsgrad aufweisen, befinden sich im zweiten Quartal wieder auf Wachstumskurs. Getragen wird die Wende in diesen Ländern von der Industrieproduktion. Sie weist einen nahezu perfekten V-förmigen Verlauf mit dem Tiefpunkt zu Jahresbeginn auf. Weil die Inflationsraten in den meisten Ländern Südostasiens niedrig sind und bisher keine spekulative Kreditblase wie in China droht, sollten die Notenbanken ihre expansive Geldpolitik fortsetzen, empfiehlt die Asiatische Entwicklungsbank (ADB). Die ADB erwartet für 2009 in Südostasien ein Wirtschaftswachstum von 3 %, 2010 dürfte es 6 % ausmachen.

Für heuer erwartet das Institut für die EU-27 und für den Euroraum jeweils einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 3.9 %. Die deutsche und die italienische Wirtschaft werden maßgeblich zu diesem Rückgang beitragen. Für das kommende Jahr wird für die EU-27 und für den Euroraum jeweils ein Zuwachs von 1 % prognostiziert. Im laufenden Jahr belastet vor allem der massive Einbruch des Welthandels die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum. Starke Zurückhaltung gibt es auch bei den privaten Investitionen. Fallende Inflationsraten und die schlechten Wirtschaftsaussichten für das laufende Jahr bewogen die Europäische Zentralbank im Mai 2009, den Leitzins auf 1 % zu senken. Dies ist der niedrigste Stand seit der Euro-Einführung im Jahr 1999. Das Institut erwartet für die kommenden Monate keinen weiteren Zinsschritt. Durch die Stabilisierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand und das Wirken der automatischen Stabilisatoren steigen die Budgetdefizite kräftig an.

2010 werden die globalen Güter- und Finanzströme wieder Fahrt aufnehmen. Davon werden die exportorientierten Ökonomien, wie beispielsweise Deutschland, am meisten profitieren.

Die Rezession im Euroraum hat sich im zweiten Quartal 2009 abgeschwächt. Das BIP ist um 0.1 % gegenüber dem Vorquartal gesunken, gegenüber dem Vorjahresquartal ist die Wirtschaft um 4.7 % geschrumpft. Der Konsum der privaten Haushalte und die Staatsausgaben haben zugelegt. Die Exporte und die Investitionstätigkeit sind zwar weiter gefallen, jedoch hat sich das Tempo deutlich verlangsamt. Im dritten Quartal wird die Wirtschaft des Euroraums wieder wachsen. Es gibt eine zunehmende Anzahl positiver Signale dafür. Der von der EU-Kommission erstellte Geschäftsklimaindex, der im März auf das niedrigste Niveau seit seiner Einführung gefallen ist, hat sich in den folgenden vier Monaten deutlich verbessert. Der ifo-Index für das Wirtschaftsklima im Euroraum hat im dritten Quartal 2009 zum zweiten Mal in Folge zugelegt. Der Anstieg des Indikators resultiert ausschließlich aus den günstigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate; die Urteile zur gegenwärtigen Wirtschaftslage blieben dagegen nahezu unverändert auf einem historischen Tiefstand.

Im Juli 2009 betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum 9.5 %. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete Spanien mit 18.5 %. Die niedrigste Quote gab es in den Niederlanden mit 3.4 %. Die Inflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), hat im August -0.2 % betragen. Unter dem Durchschnitt des Euroraums lagen die Preissteigerungsraten in Irland und Portugal mit -2.4 % bzw. -1.2 %. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Österreich um 0.1 %. Finnland und Malta verzeichneten mit 1.3 % bzw. 1 % die höchsten Inflationsraten.

## 2.2 Länderprognosen

**Deutschland** wird vom Einbruch der Weltkonjunktur mit einem BIP-Rückgang um 5 % besonders hart getroffen. Zurückzuführen ist dies auf den starken Rückgang im ersten Quartal. Eine Aufhellung in der konjunkturellen Entwicklung zeichnet sich jedoch im Jahresverlauf ab. Die Impulse kommen vom Weltmarkt und von Konjunkturpaketen im In- und Ausland. Die Abwrackprämie und der Anstieg der Kaufkraft führen dazu, dass die Ausgaben der deutschen Haushalte 2009 deutlich stärker als in den Vorjahren zunehmen. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich auch die Exporttätigkeit wieder ausweiten. Die Exporteure profitieren von der Konjunkturerholung im asiatischen Raum. Der Arbeitsmarkt wird dadurch nicht entlastet, weil bei einer besseren Auftragslage zuerst die Kurzarbeit abgebaut wird. 2010 hält das Institut eine Stabilisierung der deutschen Wirtschaftsentwicklung für wahrscheinlich. Demnach könnte die Wirtschaftsleistung um 1.2 % zunehmen. Die Erholung dürfte erneut von der Exporttätigkeit angetrieben werden. Der private Konsum könnte hingegen wieder langsamer wachsen, was auf die anhaltend schlechten Arbeitsmarktbedingungen zurückzuführen ist.

Die deutsche Wirtschaft hat die Rezession im Frühjahr 2009 überwunden. Das BIP ist im zweiten Quartal um 0.3 % gewachsen, zum Vorjahresquartal sank es um 5.9 %. Zum Quartalswachstum beigetragen haben die privaten und staatlichen Konsumausgaben. Positive Impulse kamen auch von den Bauinvestitionen. Auf niedrigem Niveau haben sich die Ausrüstungsinvestitionen stabilisiert. Die Entwicklung des BIP wurde im zweiten Quartal abermals vom Lagerabbau gebremst.



Positive Konjunkturdaten weisen inzwischen auf eine Festigung des Aufschwungs im dritten Quartal hin. Die Exportnachfrage ist in den Monaten Juni und Juli seit langem wieder gestiegen. Die deutschen Stahlproduzenten verzeichneten im August einen Nachfrageanstieg. Sie profitieren vom internationalen Lageraufbau und den massiven Bauinvestitionen in Asien und im Nahen Osten. Auch der deutsche Maschinenbau meldet eine Nachfragebelebung. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im August zum fünften Mal in Folge angestiegen. Die Stimmung hellte sich in der Industrie, im Baugewerbe sowie im Groß- und Einzelhandel auf. Die Umfrage hat jedoch auch ergeben, dass die Industriefirmen Beschäftigung abbauen werden. Die Verbraucher bleiben optimistisch. Die Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) meldet, dass sinkende Preise und der vergleichsweise robuste Arbeitsmarkt die Stimmung bei Deutschlands Verbrauchern beflügeln. Für September sagte die GfK das beste Konsumklima seit Jahresbeginn voraus. Die Kurzarbeit verhindert eine Verschärfung der Arbeitsmarktsituation. Im August betrug die Arbeitslosenquote 8.3 %, und die Verbraucherpreise stagnierten auf dem Niveau des Vorjahres. Bei den Erzeugerpreisen fand im August eine Trendumkehr in der Entwicklung statt. Sie sind im Vormonatsvergleich zum ersten Mal seit zehn Monaten wieder gestiegen, lagen aber noch immer um 6.9 % unter dem Vorjahresniveau.

Das **italienische BIP** wird 2009 voraussichtlich um 5 % schrumpfen. In der derzeitigen Wirtschaftskrise verschärfen sich die Wettbewerbsprobleme der italienischen Wirtschaft. Die exportorientierten Branchen werden daher 2009 die größten Verluste erleiden. Aufgrund der geringen Kapazitätsauslastung werden auch die Investitionen im laufenden Jahr deutlich zurückgehen. Wie in Deutschland, so gibt es auch in Italien öffentliche Hilfsprogramme für die Automobilbranche. Der Erfolg der Maßnahmen wurde bereits in der ersten Jahreshälfte sichtbar. Die Preisentwicklung begünstigt die Konsumnachfrage. Im laufenden Jahr dürfte die Teuerung deutlich unter dem langjährigen Niveau liegen. 2010 wird die Binnennachfrage wieder anziehen, die Probleme in den exportorientierten Branchen bleiben hingegen bestehen. Der starke Nachfragerückgang aus dem Ausland, wie er 2009 zu beobachten war, wird sich voraussichtlich deutlich abschwächen. Somit könnte die italienische Wirtschaft 2010 um 0.5 % wachsen.

Im zweiten Quartal 2009 ist das italienische BIP zum Vorquartal um 0.5 % bzw. um 6 % zum Vorjahresquartal gesunken. Starke Rückgänge verzeichneten die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte. Der Konsum der privaten Haushalte und der öffentlichen Hand wurde hingegen im zweiten Quartal ausgeweitet. Im dritten Quartal könnte der Konjunkturabschwung zum Stillstand gekommen sein. Im Juli hat die Industrieproduktion zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnet und die Exporte in Drittstaaten haben sich belebt. Laut *Istituto di Studi e Analisi Economica* (Isae) ist der Vertrauensindex der güterverarbeitenden Industrie im August zum fünften Mal in Folge gestiegen. Im Einzelhandel bleibt die Nachfrage trotz der großen Unsicherheit am Arbeitsmarkt robust. Insbesondere hat die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen in den vergangenen drei Monaten im Vorjahresvergleich deutlich zugelegt. Die Verbraucherpreise sind im August gegenüber dem Vorjahr um 0.2 % gestiegen, die Produktionspreise sanken im Juli um 7.5%.

Die **französische Wirtschaft** wird heuer voraussichtlich um 2 % schrumpfen. Der erwartete Rückgang fällt somit deutlich schwächer aus als in den großen Nachbarländern. Die geringere Export-

intensität, die höhere Investitionsquote und der größere Staatsanteil in der französischen Wirtschaft erweisen sich in der derzeitigen Wirtschaftskrise als Vorteil. Zur Bekämpfung der Krise hat die Regierung den Banken Mittel zur Verfügung gestellt, um die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte zu erleichtern. Ein weiteres Konjunkturpaket wurde zur Stimulierung der Baubranche (Infrastrukturbereich), der Fahrzeugindustrie und des Arbeitsmarktes beschlossen. Die derzeitige Preisentwicklung stärkt die Kaufkraft der privaten Haushalte, ihr wirken jedoch die vom Arbeitsmarkt ausgehenden negativen Effekte entgegen. Im nächsten Jahr wird sich die Nachfrage aus dem Ausland stabilisieren, positive Impulse werden auch von der Inlandsnachfrage erwartet. Demnach wird das französische BIP 2010 um 1.5 % zulegen. Die Inflation wird dann voraussichtlich wieder anziehen.

Die französische Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorquartal um 0.3 % gewachsen, gegenüber dem Vorjahr betrug der Rückgang 2.6 %. Der private Konsum und die Staatsausgaben haben zum Wachstum beigetragen. Im dritten Quartal stabilisierte sich die Konjunktur. Industrieproduktion und Exporte haben im Juli zugelegt. Die Lage in der güterverarbeitenden Industrie und in der Dienstleistungsbranche verbessert sich zunehmend, weil Zinssenkungen und die Konjunkturpakete der öffentlichen Hand Wirkung zeigen. Bei den Konsumenten bleibt die Stimmung gemischt. Im August sind die Verbraucherpreise um 0.2 % im Vergleich zum Vorjahr gefallen. Die Produktionspreise fielen im Juni um 8 %.

Das **Vereinigte Königreich** wird 2009 einen BIP-Rückgang um 4.5 % verzeichnen. Die Wirtschaft leidet wegen des bedeutenden Finanzsektors besonders stark unter der Wirtschaftskrise und hat mit massiven Kreditproblemen zu kämpfen. Neben dem krisengeschüttelten Dienstleistungssektor schlägt sich – wie in den anderen Ländern der EU – der konjunkturelle Abschwung insbesondere in der Außenwirtschaft nieder. Verglichen mit den anderen Nachfragekomponenten gehen die Exporte am stärksten zurück. Etwas gedämpfter fällt der Rückgang in der Bauindustrie aus. Im Jahresverlauf verschlechtern sich die Bedingungen am Arbeitsmarkt, womit in der zweiten Jahreshälfte die Konsumlaune der Haushalte sinken dürfte. Die *Bank of England* will jedoch vorerst nicht noch mehr Geld in die Wirtschaft pumpen. Der Leitzins bleibt auf dem Rekordtief von 0.5 %. Aufgrund der schwachen Nachfrage und der Rohstoffpreisentwicklung sinkt die Inflation. 2010 könnte die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs um 0.5 % wachsen. Die Korrektur am Immobilienmarkt dürfte dann abgeschlossen sein, und die Außenwirtschaft wird sich wieder beleben.

Im zweiten Quartal 2009 ist die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs im Vergleich zum Vorquartal um 0.7 % bzw. um 5.5 % zum Vorjahresquartal geschrumpft. Wie im ersten Quartal, so haben die Exportentwicklung und die fehlenden Bauinvestitionen diesen starken Rückgang in der Wirtschaftsleistung herbeigeführt. Seit dem zweiten Quartal mehren sich die Anzeichen für ein Ende des freien Falls der Konjunktur. Die britische Wirtschaft dürfte sich daher im dritten Quartal zum ersten Mal seit Anfang 2008 wieder ausweiten. Der Dienstleistungssektor führt die Erholung an. *KPMG* und *Recruitment and Employment Confederation* berichten, dass im August zum ersten Mal seit März 2008 die Anzahl der offenen Stellen wieder zugenommen hat. In der Londoner Finanzdienstleistungsindustrie ist gemäß Morgan McKinley die Nachfrage nach Arbeitskräften im Vergleich zum Vormonat um 18 % gestiegen. In der güterverarbeitenden Industrie bleiben die Wachstumsaussichten noch ungewiss, die

derzeitige Lage ist jedoch besser zu bewerten als noch vor einigen Monaten. *The Royal Institution of Chartered Surveyors* ortet eine Stabilisierung im Immobiliensektor. Die Immobilienpreise verzeichneten den stärksten Anstieg seit 2006. Die Verbraucherpreise sind im August um 1.6 % gestiegen. Die Produktionspreise sanken um 7.9 %. Im Juli hat die Arbeitslosenquote 7.9 % betragen.

Die Wirtschaft der **Schweiz** steckt seit Sommer 2008 in einer Rezession. Im laufenden Jahr wird sich der konjunkturelle Abschwung mit einem BIP-Rückgang um 2.2 % beschleunigen. Den größten Einbruch gibt es heuer bei den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten. Auch vom privaten Konsum sind nur geringe Impulse zu erwarten. Trotz der schlechten Aussichten lehnt der Wirtschaftsverband *Economiesuisse* weitere fiskalpolitische Maßnahmen gegen die Rezession ab. Die Wirtschaft operiert heuer unter ihrem Potenzial, was zu freien Kapazitäten und Gewinneinbrüchen führt. Der Beschäftigungsabbau dürfte sich in Grenzen halten, weil viele Firmen die Möglichkeiten der Kurzarbeit ausschöpfen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) erwartet, dass heuer die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 0.5 % sinken werden. Sie belässt daher den Leitzins erwartungsgemäß unverändert auf dem im vergangenen März erreichten Tiefstand von 0 % – 0.75 %. Im nächsten Jahr wird die Wirtschaft der Schweiz um 0.5 % wachsen. Die Bauindustrie könnte sich wieder beleben und auch die Exporte dürften geringfügig steigen. Die Arbeitslosenquote, die der Konjunktorentwicklung im Zyklus nach läuft, wird weiter zunehmen. Die Verbraucherpreise dürften leicht anziehen.

Das BIP der Schweiz ist im zweiten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorquartal um 0.3 % gefallen. Im Vorjahresvergleich fiel es um 2.1 %. Der Rückgang bei den Exporten und den Ausrüstungsinvestitionen hat sich verlangsamt. Eine starke Dynamik wurde bei den Bauinvestitionen verzeichnet, und auch der Konsum erwies sich als Konjunkturstütze. Im dritten Quartal ist ein Aufschwung noch nicht in Sicht. Eine Besserung der Wirtschaftslage erwartet die schweizerische Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, die wichtigste Exportbranche der Schweiz, nicht vor der zweiten Hälfte 2010. Im Gegensatz zur güterverarbeitenden Industrie haben sich im September die Konjunkturerwartungen in der Finanzdienstleistungsbranche laut *Credit-Suisse-Finanzmarkttest* weiter aufgehellt. 60 % der Befragten erwarten in den nächsten sechs Monaten eine Verbesserung, über die Hälfte mehr als im August. Die aktuelle Lage wird allerdings von der Mehrzahl noch immer als schlecht beurteilt. Die Arbeitslosenquote ist im August auf 3.8 % gestiegen. Dank fallender Treibstoff- und Heizölpreise sind die Verbraucherpreise um 0.8 % gefallen. Die Produktionspreise gingen um 3.1 % zurück.

Die Wirtschaft der **USA** wird 2009 um 2.7 % schrumpfen. Die Nachfrage der privaten Haushalte, die 71 % der Wirtschaftsleistung entspricht, dürfte heuer zum ersten Mal seit 1974 fallen. Den stärksten Einbruch gibt es jedoch bei den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Die Arbeitslosenquote dürfte heuer auf 10 % klettern. Einen stimulierenden Faktor für die US-Konjunktur bildet die expansive Geldpolitik. Angesichts der schweren Wirtschaftskrise belässt die amerikanische Notenbank den Leitzins vorerst auf seinem historischen Tiefstand von 0 % – 0.25 %, zudem wird mehr als eine Billion Dollar in die Wirtschaft und das Finanzsystem gepumpt. Die umfangreichen Konjunkturpakete der Regierung werden das Budgetdefizit heuer deutlich nach oben treiben. Den Abschwung hat die US-Wirtschaft zur Jahresmitte bereits weitgehend hinter sich gebracht. Die Erholung wird jedoch langsam verlaufen. Das Institut erwartet für 2010 ein BIP-Wachstum von 1.7 %. Der private Konsum wird aufgrund der hohen

Arbeitslosigkeit und Verschuldung der Haushalte, bzw. Kredittilgung, moderat bleiben. Aufgrund freier Kapazitäten dürften auch die Ausrüstungsinvestitionen noch nicht anziehen. Die Exporte werden wieder etwas in Gang kommen und so zum Wirtschaftswachstum beitragen. Am Immobilienmarkt könnte eine Stabilisierung einsetzen. Die amerikanische Notenbank wird die Zinsen voraussichtlich wieder anheben, sobald die wirtschaftliche Erholung Fuß gefasst hat und die Arbeitslosenquote fällt.

Im zweiten Quartal 2009 sank das BIP in den USA zum Vorquartal um 0.3 % bzw. um 3.9 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Wie im ersten Quartal, so sind mit Ausnahme des öffentlichen Konsums alle Komponenten des BIP zurückgegangen, das Tempo hat sich jedoch verlangsamt. Die schwache Nachfrage nach Rohöl und anderen Importgütern hat zu einer Verbesserung des Außenbeitrags geführt. Im dritten Quartal verzeichnete die US-Wirtschaft einen Aufschwung. In den Monaten Juli und August weitete sich die Industrieproduktion wieder aus, und auch die Aussichten für die kommenden Monate haben sich deutlich verbessert. Der *Conference Board Leading Economic Indicator* ist im August zum fünften Mal in Folge gestiegen. Aktienkurse, Verbrauchererwartungen, Baugenehmigungen und die Zinsstruktur trugen zur positiven Entwicklung des Index bei. Laut *Institute for Supply Management* (ISM) ist der Teilindex für die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im August auf 65 Punkte gestiegen, nach 55 Punkten im Vormonat. Der Index zeigt somit eine Expansion des Sektors an. Im Dienstleistungssektor lässt der Aufschwung noch auf sich warten. Der Teilindex für die Neuaufträge ist auf 49.9 Punkte gestiegen, nach 48.1 Punkten im Juli. Auch die amerikanischen Einzelhändler senden positive Konjunktursignale. Der Umsatz in der Automobilbranche ist dank der staatlichen Abwrackprämie im August so stark gestiegen wie seit dreieinhalb Jahren nicht mehr. Ansonsten bleiben die Käufer zurückhaltend. Seit Jahresbeginn sinkt das Kreditvolumen der privaten Haushalte. Im August betrug die Arbeitslosenquote 9.8 %. Die Verbraucherpreise sind um 1.5 % gesunken. Die Produktionspreise fielen um 4.3 %.

In **Japan** verschärft sich 2009 der konjunkturelle Abschwung. Das Institut erwartet einen BIP-Rückgang von 5.8 %. Das schlechte Ergebnis ist auf den dramatischen Einbruch im vierten Quartal des Vorjahres und im ersten Quartal des laufenden Jahres zurückzuführen, als der weltweite Konjunkturinbruch die Nachfrage nach japanischen Exportgütern drastisch sinken ließ. Frühzeitige Stimulierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand in Japan und China haben dazu beigetragen, das Vertrauen in der japanischen Wirtschaft wieder herzustellen. Im Jahresverlauf dürfte sich die Wirtschaftsentwicklung wieder erholen. Trotzdem wird die Exportwirtschaft im Jahresdurchschnitt einen Rückgang von mehr als 20 % verzeichnen, die Investitionstätigkeit dürfte um etwa 14 % zurück gehen. Die Arbeitslosigkeit erreicht ein Rekordhoch und die Verbraucherpreise sinken. Die japanische Zentralbank hat ihren Leitzins zuletzt unverändert bei 0.1 % belassen. Im nächsten Jahr könnte die japanische Wirtschaft wieder ein positives BIP-Wachstum erzielen. Mit der auflebenden Nachfrage der wichtigsten Handelspartner dürfte die japanische Außenwirtschaft wieder an Dynamik dazugewinnen. Die Impulse werden auf die Inlandsnachfrage übergreifen. Die Zinspolitik und die Konjunkturpakete werden den Wirtschaftsaufschwung stützen. Die Deflation könnte bis Ende 2010 anhalten.

Das japanische BIP ist im zweiten Quartal 2009 zum Vorquartal um 0.1 % bzw. gegenüber dem Vorjahresquartal um 8 % gesunken. Den größten Rückgang gab es in der Investitionstätigkeit. Die

Exporte haben hingegen im Quartalsvergleich um 6 % zugelegt, nach einem Rückgang um 26 % im ersten Quartal. Im dritten Quartal hat die japanische Konjunktur voraussichtlich wieder Fahrt aufgenommen. Seit April verstärkt sich die positive Dynamik in der Exportentwicklung, und die Industrieproduktion hat im Juli bereits den fünften Monat in Folge zugenommen. Die Stimmung in der Industrie hat sich weiter aufgehellt und ist auf den höchsten Stand seit fast drei Jahren gestiegen. Der entsprechende Einkaufsmanagerindex ist im August von 50.4 Punkten im Vormonat auf 53.6 Punkte geklettert, teilte das Forschungsunternehmen Nomura/JMMA mit. Im Vormonat lag der Indikator erstmals seit knapp anderthalb Jahren wieder über der Expansionsschwelle von 50 Punkten. Im Juli betrug die Arbeitslosenquote 5.4 %. Die Verbraucherpreise sind um 2.3 % gesunken. Die Produktionspreise fielen im August um 8.5 %.

In der ersten Hälfte des heurigen Jahres wurde die Entwicklung der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer** sowie der **Beitrittskandidaten** stark von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Für 2009 ist nunmehr mit einer BIP-Schrumpfung der neuen EU-Mitgliedstaaten um 3.1 % zu rechnen, für 2010 mit einer Zunahme um 1 %. Für die schwache Wirtschaftsentwicklung ist, neben einer geringeren Nachfrage aus dem Euroraum, der Rückgang des Konsums und der Investitionen verantwortlich. Aufgrund der starken Spezialisierung der neuen EU-Mitgliedsländer auf zyklische Sektoren wie die Automobil-, Chemie- und Elektroindustrie sind deren Exporte von der Konjunkturlage im Euroraum besonders abhängig. Allerdings zeigt die Industrieproduktion in einigen Ländern erste Anzeichen einer Stabilisierung. Die Leistungsbilanzdefizite sind im bisherigen Jahresverlauf wegen der niedrigeren Importe deutlich zurückgegangen.

Das starke Wachstum des Konsums und der Investitionen wurde in den letzten Jahren durch einen rapiden Anstieg der Kredite an private Haushalte und Unternehmen sowie durch ausländische Direktinvestitionen und Überweisungen der Gastarbeiter in ihre Herkunftsländer begünstigt. Die durch die Kredit- und Liquiditätskrise ausgelöste Risikoneubewertung hat zu einer Erhöhung der externen Finanzierungskosten und zu restriktiveren Finanzierungsbedingungen geführt und damit das Kreditwachstum gedämpft. Dadurch wurden große Bauprojekte gestoppt und Unternehmensinvestitionspläne in die Zukunft verschoben. Da der Arbeitsmarkt auf Produktionsveränderungen mit Verzögerung reagiert, ist mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Wegen zunehmender Arbeitslosigkeit in Westeuropa kehren viele Gastarbeiter in ihre Heimatländer zurück.

Im Durchschnitt der ersten sechs Monate des Jahres 2009 ging das BIP in **Ungarn** um 6.5 %, im zweiten Quartal um 7.3 % gegenüber dem Vorjahresquartal zurück. Die Inlandsnachfrage entwickelte sich im ersten Halbjahr stark rückläufig. Der Konsum nahm, insbesondere infolge des starken Rückgangs des privaten Konsums, um 5 % ab. Die Anlageinvestitionen waren ebenfalls rückläufig. Die Exporte verloren weiter an Dynamik und gingen um 14 % zurück, sie sanken damit allerdings langsamer als die Importe (23 %). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg im Zeitraum Mai bis Juli auf 9.7 % und lag damit um 2.2 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau. Die Verbraucherpreise nahmen langsamer zu, die Inflation betrug im August 5 %, nach 6.5 % ein Jahr zuvor.

Finanzielle Unterstützung bekommt Ungarn durch ein Hilfspaket im Ausmaß von 20 Mrd. Euro vom IWF, der EU und der Weltbank. Ungarn hat sich verpflichtet, die Hilfsmaßnahmen durch ein Programm zur Stärkung der makroökonomischen Stabilität, des Bankensystems und des Marktes für Staatsanleihen zu unterstützen. Für das Jahr 2009 wird mit einem Schrumpfen der ungarischen Wirtschaft um 6 % gerechnet. Dieses wird von der stark abnehmenden Inlands- und Auslandsnachfrage verursacht. Für 2010 ist ein Rückgang um 1 % zu erwarten.

Mit 1.4 % im ersten Halbjahr bzw. 1.6 % im zweiten Quartal verzeichnete **Polen** als einziges EU-Mitgliedsland ein positives Wirtschaftswachstum im Vorjahresvergleich. Während der Anstieg des Konsums mit 3.4 % im ersten Halbjahr positiv blieb, gingen die Anlageinvestitionen um 14 % zurück. Die Exporte und die Importe sanken um rund 12 % bzw. 18 %. Die Inflationsrate blieb auf dem Niveau des Vorjahres und erreichte im August 4.3 %. Die Arbeitslosenquote steigt seit Anfang des Jahres und belief sich im Juli auf 10.8 %. In diesem Jahr dürfte das BIP um 1 % zunehmen, im Jahr 2010 wird das Wachstum voraussichtlich 2 % erreichen. Die Anfang des Jahres in Kraft getretene Senkung der Einkommensteuer und die Erhöhung der Pensionen sowie die Reallohnsteigerungen dürften den privaten Konsum stützen. Um gegen mögliche Abwertungen des Zloty im Zuge von Währungsspekulationen vorgehen zu können, hat die polnische Regierung mit dem IWF eine 20.5 Mrd. Dollar umfassende „flexible Kreditlinie“ (*Flexible Credit Line*, FCL) vereinbart, wonach Polen Kredite für drei Monate ohne jede Auflage bekommen kann.

In **Tschechien** schrumpfte die Wirtschaft im zweiten Quartal um 5.5 % und im ersten Halbjahr um 5 %. Die negative Entwicklung im ersten Halbjahr ist hauptsächlich auf die schwache Auslandsnachfrage zurückzuführen. Während der private Konsum noch zulegen konnte, nahmen die Anlageinvestitionen um 7 % ab. Die Exporte entwickelten sich im ersten Halbjahr, ähnlich wie die Importe, stark rückläufig. Die Beschäftigung ging im zweiten Quartal um 1.2 % im Vorjahresvergleich zurück. Damit erhöhte sich die Arbeitslosenquote auf 6.4 %, das höchste Niveau seit 1999. Die Inflationsrate betrug im August 2.6 %. Im Jahr 2009 dürfte die tschechische Wirtschaft um 3.8 % schrumpfen, 2010 um 1.5 % wachsen.

Die Wirtschaft der **Slowakei** schrumpfte im zweiten Quartal um 5.4 %, in der ersten Jahreshälfte um 5.5 %. Während die Exporte und die Importe um jeweils rund 23 % zurückgingen, sank die Inlandsnachfrage nur moderat. Der private Konsum stagnierte, der öffentliche Konsum erhöhte sich infolge des staatlichen Konjunkturpakets. Die Anlageinvestitionen verzeichneten dagegen einen Rückgang um 12 %. Die Beschäftigung nahm leicht ab und die Arbeitslosenquote belief sich im Juni auf 11.8 %. Der Anstieg der Verbraucherpreise verlangsamte sich und betrug im August 1.3 %. Die Euroeinführung am 1. Jänner 2009 hat die slowakischen Märkte vor einem Rückgang der Kapitalzuflüsse geschützt. Um die Wirtschaft anzukurbeln, dürfte die expansive Fiskalpolitik, hauptsächlich finanziert durch die EU-Strukturfonds, eine wichtige Rolle spielen. Für 2009 wird ein Rückgang von 4.5 % und für 2010 ein Wachstum von 2 % erwartet.

Das **slowenische BIP** verzeichnete im zweiten Quartal einen Rückgang um 9 %. Im ersten Halbjahr schrumpfte es um 8.9 %. Das stark negative Ergebnis im ersten Halbjahr ist hauptsächlich auf die Auslandsnachfrage und die Anlageinvestitionen zurückzuführen. Die Exporte und die Importe

entwickelten sich rückläufig. Die Anlageinvestitionen nahmen um 25 % ab. Der Konsum stagnierte. Die Dämpfung der Konjunktur zeigte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt: Die Beschäftigung nahm ab und die Arbeitslosenquote betrug im Juli 9.4 %. Die Inflation entwickelte sich rückläufig und ist im August auf 0.1 % gesunken. Um die Wirtschaft zu stützen, implementiert die slowenische Regierung derzeit ein Krisen-Hilfspaket im Umfang von 1 Mrd. Euro. Für 2009 wird im Einklang mit der internationalen Konjunkturentwicklung mit einem BIP-Rückgang um 7.8 %, für 2010 mit einem Wachstum um 0.8 % gerechnet.

Im ersten Halbjahr 2009 betrug der Rückgang des **rumänischen BIP** 7 %, im zweiten Quartal schrumpfte die Wirtschaftsleistung um 8.3 %. Diese negative Entwicklung ist auf die Dämpfung der Konjunktur im Euroraum und die verschärften Finanzierungsbedingungen für Konsum und Investitionen zurückzuführen. Der private Konsum ging im zweiten Quartal gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 3.5 % zurück, die Anlageinvestitionen wuchsen um 5 %. Während die Exporte im zweiten Quartal um 5 % zunahmen, sind die Importe mit 3 % langsamer gewachsen, was zu einer weiteren Verringerung des Leistungsbilanzdefizits führte. Die Inflationsrate schwächte sich ab und betrug im August 5 %. Die Arbeitslosenquote stieg im Juli infolge des Personalabbaus auf 6.3 %. Um die Wirtschaft zu stützen und die Währungsreserven der Zentralbank zu stärken, bekommt Rumänien von der EU, der Weltbank, der EBRD und dem IWF einen Kredit in Höhe von ca. 20 Mrd. Euro. Das BIP dürfte 2009 um 6.5 % schrumpfen und 2010 um 0.8 % zulegen.

In **Bulgarien** ging das BIP im zweiten Quartal um 4.9 % zurück. In der ersten Jahreshälfte schrumpfte es um 4.2 %. Infolge der Finanzkrise, die den Druck auf die Kosten und die Verfügbarkeit von externen Finanzierungen erhöhte, hat die Dynamik des privaten Konsums im ersten Halbjahr spürbar nachgelassen. Die Anlageinvestitionen gingen um 16 % zurück. Die Exporte und die Importe entwickelten sich mit -16 % bzw. -24 % auch stark rückläufig. Wegen des Rückgangs der Inlandsnachfrage ist mit einer Verringerung des hohen Leistungsbilanzdefizits im Jahr 2009 zu rechnen. Die Inflationsrate hat im August mit 1.3 % stark abgenommen, die Arbeitslosenquote belief sich im zweiten Quartal auf 6.3 %. Aufgrund der hohen Budgetüberschüsse der letzten Jahre befindet sich die bulgarische Regierung in einer guten Position, um dem Wirtschaftsabschwung gegenzusteuern. Dafür wurde ein Konjunkturpaket in Höhe von 2.8 Mrd. EUR bereitgestellt. Im Jahr 2009 ist mit einem Rückgang der bulgarischen Wirtschaft um 4 % zu rechnen, 2010 dürfte das Wirtschaftswachstum 0.5 % betragen.

In **Kroatien** sank das BIP im zweiten Quartal um 6.3 %, nach einem Rückgang um 6.7 % im ersten Quartal. Die Konjunkturdynamik blieb im ersten Halbjahr als Resultat der stagnierenden Kreditvergabe und der verschlechterten internationalen Rahmenbedingungen schwach. Wegen schrumpfender Importe ist heuer mit einer Verringerung des hohen Leistungsbilanzdefizits zu rechnen. Der Inflationsdruck hat in den letzten Monaten nachgelassen, die Inflationsrate betrug im August 1.5 %. 2009 wird das BIP aufgrund der restriktiveren Geldpolitik und des langsameren Kreditwachstums voraussichtlich um 6 % sinken, 2010 sollte es um 0.5 % zulegen.

Im ersten Halbjahr 2009 ging das **russische BIP** um 10.4 % zurück. Die negative Entwicklung ist auf die Kontraktion der internationalen Nachfrage nach Rohstoffen, die einen großen Anteil an den russi-

schen Exporten ausmachen, zurückzuführen. Die Anlageinvestitionen und der private Konsum sind stark zurückgegangen. Die Inflation verlangsamte sich im August auf 11.6 %. Die Arbeitslosenquote stieg im Juli auf 8.3 %. Um die Wirtschaft zu stützen, hat die Regierung bereits einen großen Teil der Fremdwährungs- und Finanzreserven verwendet und ein massives Anti-Krisen-Paket verabschiedet. Infolge dessen wird Russland 2009 zum ersten Mal seit 1999 wieder ein Budgetdefizit, in Höhe von 7 % des BIP, verzeichnen. Die Regierungspläne sehen eine Reduzierung des Budgetdefizits erst im Jahr 2011 vor, nach einem Defizit in Höhe von 7.5 % des BIP im Jahr 2010. 2009 dürfte die russische Wirtschaft um 7 % schrumpfen, 2010 um 2.5 % zunehmen.



## Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2006	2007	2008	2009	2010
Welthandel	9.5	7.3	2.5	-14.5	6.0
BIP, real					
Deutschland	3.2	2.5	1.3	-5.0	1.2
Italien	2.0	1.6	-1.0	-5.0	0.5
Frankreich	2.2	2.3	0.4	-2.0	1.5
Vereinigtes Königreich	2.9	2.6	0.7	-4.5	0.5
Schweiz	3.6	3.6	1.8	-2.2	0.5
USA	2.7	2.1	0.4	-2.7	1.7
Japan	2.0	2.3	-0.7	-5.8	1.5
China	11.6	13.0	9.0	7.5	8.5
Polen	6.2	6.6	5.0	1.0	2.0
Slowakei	8.5	10.4	6.4	-4.5	2.0
Tschechien	6.8	6.0	3.0	-3.8	1.5
Ungarn	4.1	1.1	0.6	-6.0	-1.0
Slowenien	5.9	6.8	3.5	-7.8	0.8
Bulgarien	6.3	6.2	6.0	-4.0	0.5
Rumänien	7.9	6.2	7.1	-6.5	0.8
Kroatien	4.7	5.5	2.4	-6.0	0.5
Russland	6.7	8.1	5.6	-7.0	2.5
Euroraum	3.0	2.7	0.7	-3.9	1.0
NMS-12	6.5	6.2	3.9	-3.1	1.0
EU-27	3.2	2.9	0.9	-3.9	1.0
OECD	3.1	2.7	0.6	-3.6	1.4
Österreichische Exportmärkte	11.2	7.7	3.4	-14.5	4.5
USD/EUR Wechselkurs <sup>*)</sup>	1.26	1.37	1.47	1.39	1.35
Rohölpreise <sup>*)**)</sup>	64.3	71.1	97.5	61	80

Quelle: Eurostat, IMF, OECD, CPB, Nationale Statistische Ämter, eigene Berechnungen.

\*) absolute Werte

\*\*) USD/barrel

### 3. Die österreichische Außenwirtschaft

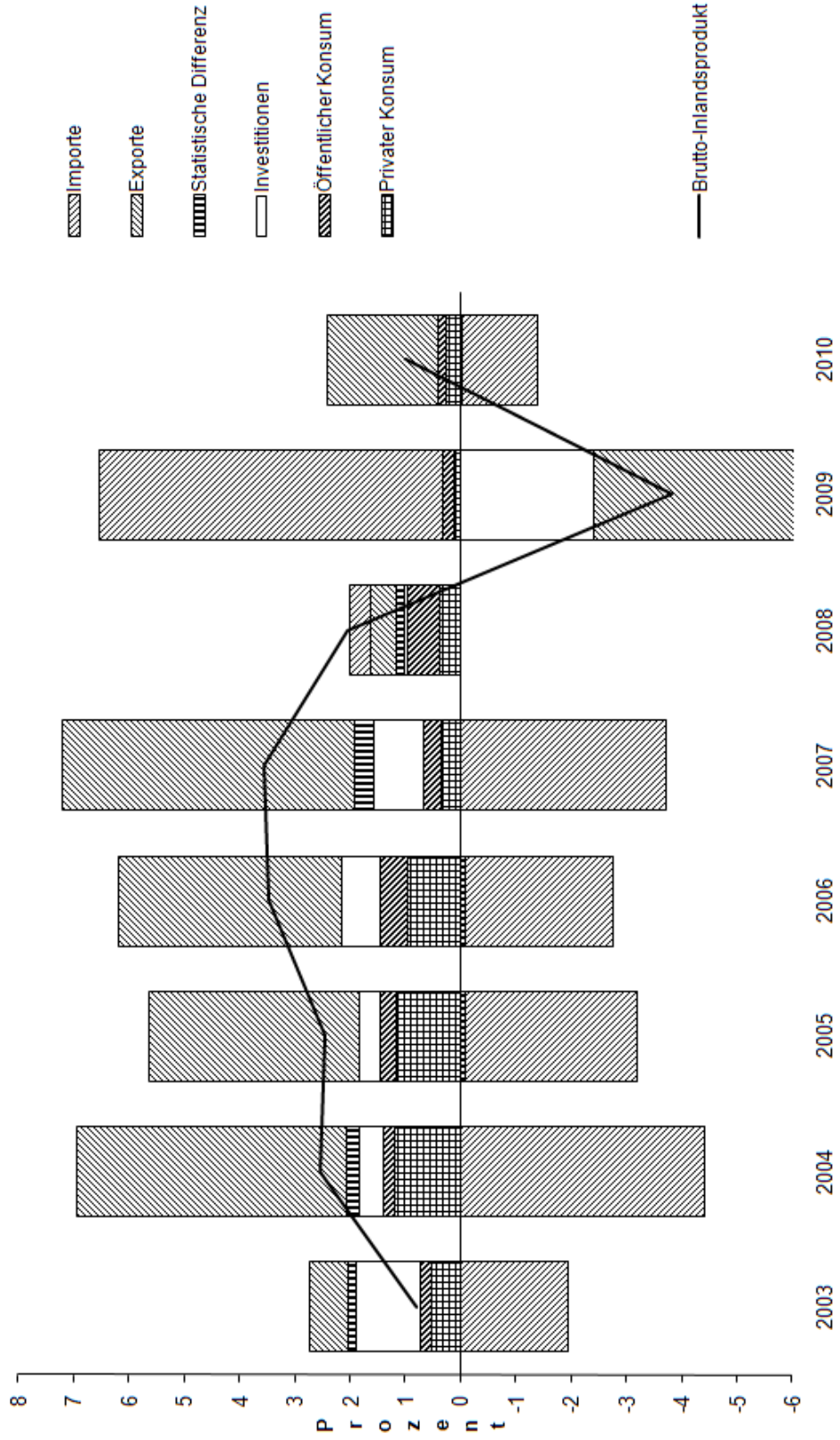
Angesichts der sehr engen globalen Verflechtungen bleibt die österreichische Exportwirtschaft von der weltweit rückläufigen Nachfrageentwicklung nicht verschont. Die osteuropäischen Nachbarländer, die 2008 die Stütze für die österreichische Exportwirtschaft bildeten, befinden sich weiterhin im konjunkturellen Abwärtssog. Erste Lichtblicke ergeben sich auf dem asiatischen Markt, wo die Rezession bereits im zweiten Quartal überwunden wurde. Die Spezialisierung der österreichischen Produzenten auf die konjunktur reagiblen Sektoren Bearbeitete Waren, Maschinen und Fahrzeuge erweist sich 2009 als Nachteil. Durch die schwache Nachfrage wird die Teuerung bei den Exporten und Importen deutlich nachlassen. 2010 dürfte die Nachfrage aus dem Ausland wieder etwas an Dynamik gewinnen, was gleichzeitig ein Anziehen der Außenhandelspreise mit sich bringen wird. Die Handelsbilanz dürfte 2009 und 2010 ein leichtes Defizit aufweisen.

2009 werden die nominellen Warenexporte voraussichtlich um 17.9 % zurückgehen. Im zweiten Quartal hat sich die Abwärtsbewegung verlangsamt, in der zweiten Jahreshälfte könnte sich die Auslandsnachfrage stabilisieren. Die Exporte in den Euroraum werden im laufenden Jahr um 14 % fallen. Die österreichischen Warenexporte nach Deutschland haben inzwischen auf niedrigem Niveau eine Bodenbildung erreicht. Der Rückgang der Exporte in die Länder außerhalb der Währungsunion um 19 % ist auf die Nachfrageschwäche der wichtigsten österreichischen Handelspartner in Mittel- und Osteuropa zurückzuführen. Betrachtet man die Warenexporte nach Produktgruppen, so werden die Exporte von bearbeiteten Waren, Maschinen und Fahrzeugen den größten Rückgang verzeichnen. Weniger von der konjunkturellen Abschwächung dürfte der Export von Lebensmitteln betroffen sein. Mit der Stabilisierung der Weltkonjunktur wird sich auch die Lage der österreichischen Exportwirtschaft wieder etwas verbessern. Das Institut erwartet für 2010 bei den nominellen Warenexporten einen Zuwachs um 5 %. Die Warenimporte werden im Jahresdurchschnitt 2009 um 15.7 % sinken. Nächstes Jahr werden sie um 4.3 % zunehmen.

Nach einem ausgezeichneten Ergebnis im Vorjahr belastet heuer die Rezession in den Nachbarländern die österreichische Tourismusindustrie spürbar. Die österreichischen Reiseverkehrsexporte werden 2009 voraussichtlich nominell um 4.6 % sinken. Die Reiseverkehrsimporte werden um 2.3 % fallen. Für 2010 wird eine Stagnation der Reiseverkehrsexporte erwartet, die Importe werden um 0.5 % zulegen.

Der Rückgang der realen Exporte i. w. S. laut VGR wird 2009 13.5 % ausmachen. Der Rückgang der realen Warenexporte wird sich auf 16 % belaufen. 2010 werden die Exporte i. w. S. laut VGR um 3.8 %, die Warenexporte um 4.5 % steigen. Für die realen Importe i. w. S. laut VGR wird für 2009 ein Rückgang um 12.1 % erwartet. Im kommenden Jahr werden sie voraussichtlich um 2.9 % zunehmen. Die realen Warenimporte werden 2009 voraussichtlich um 13.5% sinken. 2010 ist mit einem leichten Anstieg um 3.5 % zu rechnen.

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten

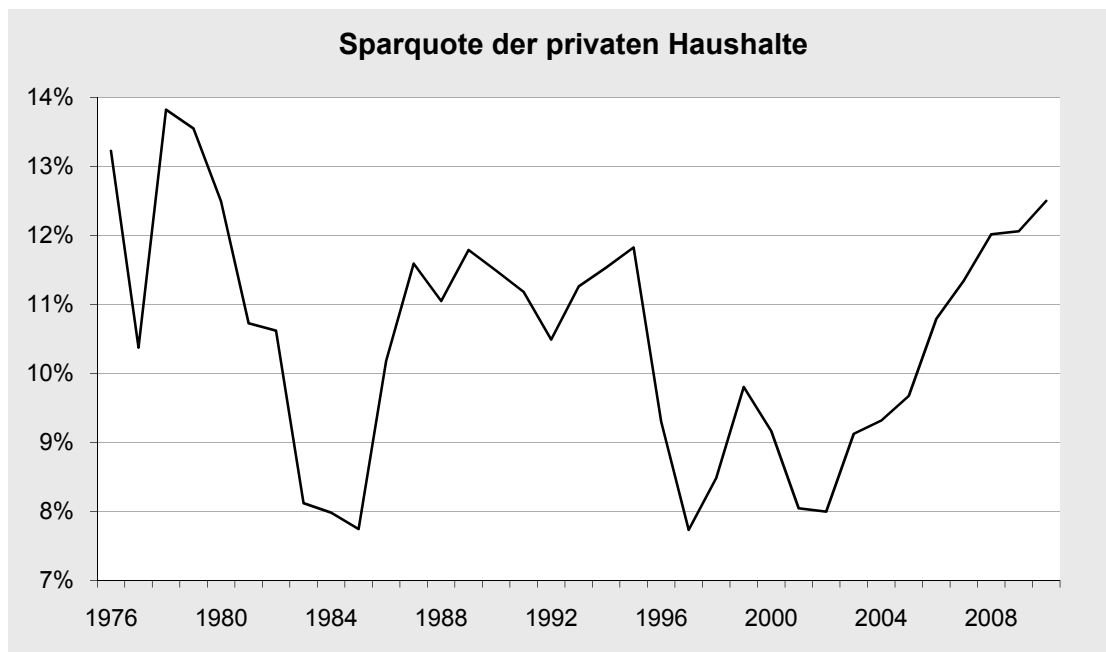




## 4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Seit der letzten Prognose ist in die Gesamteinschätzung des Konjunkturbildes etwas Ruhe eingeekehrt. Vorliegende Daten für das erste Halbjahr lassen erkennen, dass die Haushaltsnachfrage derzeit stabiler ist als zuletzt erwartet. Das real verfügbare Haushaltseinkommen wächst heuer um 0,3 %, und die Dynamik der privaten Konsumnachfrage folgt den Einkünften. Im kommenden Jahr werden die Haushalte ihren um rund 1 % erweiterten realen Ausgabenspielraum jedoch nicht vollkommen in Anschaffungen umsetzen.

Der **private Konsum** wächst in beiden Prognosejahren langsam: im laufenden Jahr nur um 0,3 % real, im nächsten Jahr um immerhin 0,5 %. Gegen den Hintergrund der übrigen Nachfrageaggregate mit ihren rezessiven Einbrüchen steht der private Konsum freilich weiter als wichtige Konjunkturstütze da. Hier kommen mehrere Effekte zum Tragen. Erstens waren die Haushalte schon in den letzten Jahren bezüglich ihrer dauerhaften Anschaffungen sehr zurückhaltend und haben nun in diesem Bereich kaum mehr Spielraum für Einsparungen. Zweitens beginnen sowohl die Einkommenszuwächse durch die Steuerreform als auch die konjunkturbelebenden Maßnahmen wirksam zu werden. Vor allem bei Kraftfahrzeugen, wo der Impuls der Verschrottungsprämie eine Rolle spielen dürfte, ist gegenwärtig eine lebhafte Nachfrage zu verzeichnen. Bei alledem lassen die Haushalte aber Vorsicht und Vorsorge nicht außer Acht, ein autonomer Boom bei den Anschaffungen oder ein Abbau der privaten Sparreserven ist weiter nicht zu erwarten.



Die Grafik der **Haushaltssparquote** zeigt die Geschichte dieser Kenngröße seit 1976 gemäß den neuesten Berechnungen seitens Statistik Austria. Eine Phase mit annähernd konstanten Werten im Bereich von 11 % bis 12 % in den Jahren 1987 bis 1995 endet durch ein starkes Fallen auf rund 8 %,

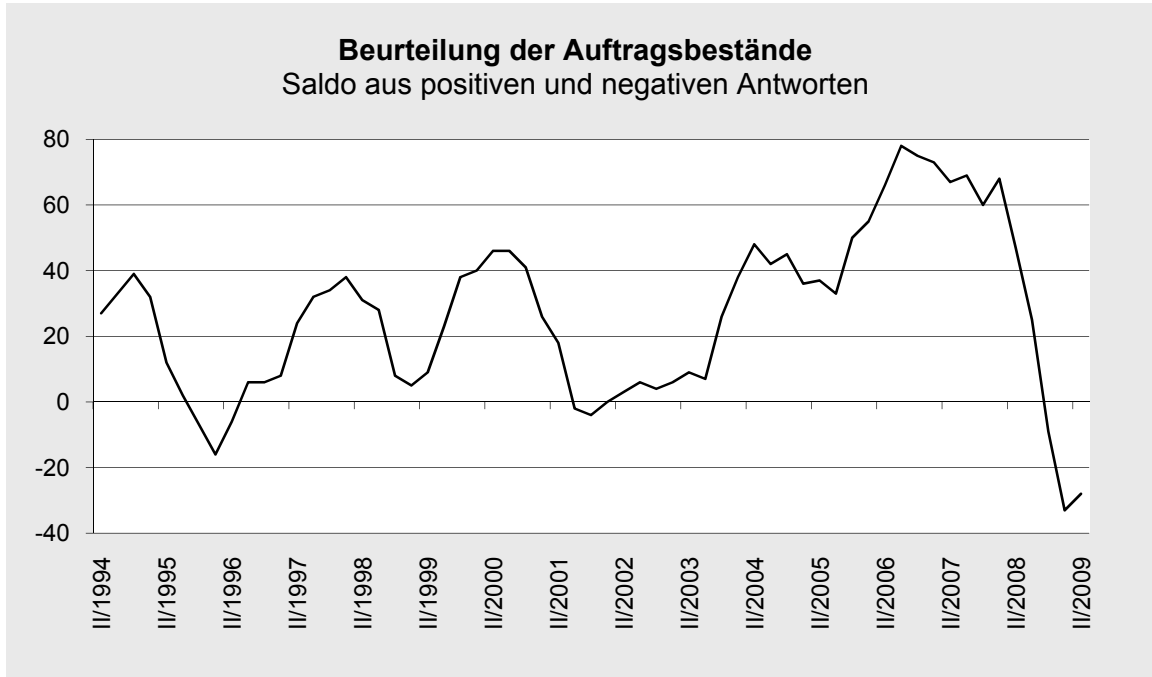
worauf wieder ein kontinuierlicher Anstieg ab 2003 einsetzt. Diese steigende Tendenz hält derzeit noch an. Dies hat die technische Folge, dass ökonometrische Konsumfunktionen die Konsumfreude der Haushalte stetig überschätzen bzw. deren Sparfreude unterschätzen. Wann ein Plafond dieser Bewegung erreicht ist und bei welchen Werten, ist zwar noch nicht endgültig geklärt, die Institutsprognose geht allerdings davon aus, dass die gegenwärtigen Werte dem Maximum nahe kommen. Einerseits gibt es strukturelle Motive für eine höhere Sparneigung. Dazu zählt sowohl die individuelle Altersvorsorge als auch das kurzfristig angelegte Vorsichtssparen zur Überbrückung von Episoden der Arbeitslosigkeit, das oft in rezessiven Konjunkturphasen zu beobachten ist. Andererseits aber liegt die österreichische Haushaltssparquote im europäischen Vergleich bereits sehr hoch. Der leichte Anstieg im Prognosezeitraum widerspiegelt vor allem die direkten und indirekten Effekte der höheren Arbeitslosigkeit.

Für das verhältnismäßig kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** ist im Prognosezeitraum zunächst von einem realen Rückgang von 0.3 % auszugehen. Im nächsten Jahr wird dieses Aggregat real stagnieren.

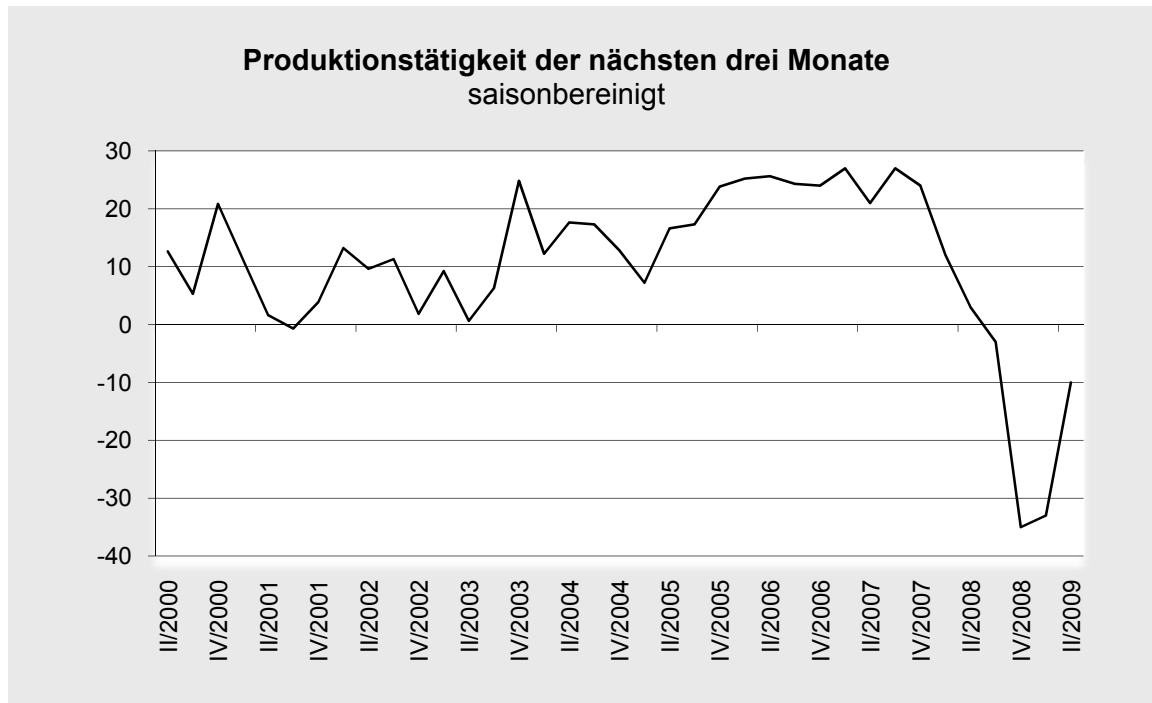
Die Ausrüstungsinvestitionen sind besonders konjunkturreagibel. Dies zeigte sich auch in der tiefen Rezession im ersten Halbjahr 2009. Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) sind um knapp 15 % eingebrochen. Damit war der Rückgang mehr als dreimal so stark wie jener des Bruttoinlandsprodukts mit 4 ½ %. Vor allem die Käufe neuer Fahrzeuge wurden drastisch eingeschränkt. Im ersten Halbjahr waren sie annähernd 50 % niedriger als ein Jahr zuvor. Da die Rezession mit einem Einbruch des Welthandels einherging, sanken auch in Österreich die Aus- und Einfuhren kräftig, sodass die Nachfrage nach Transportleistungen und damit nach Nutzfahrzeugen stark nachließ. Mit einem Rückgang um 4 ½ % hielt sich die Einschränkung der Anschaffungen von Maschinen und Geräten hingegen in Grenzen. Die Auftragseingänge und die Erwartungen der Industrieunternehmen bezüglich der künftigen Produktionstätigkeit deuten darauf hin, dass die konjunkturelle Talsohle inzwischen durchschritten wurde. Für den Prognosezeitraum ist daher mit einer Stabilisierung der Investitionstätigkeit zu rechnen. Im Einklang mit der Erholung im Bankensektor sollten sich die Finanzierungsbedingungen allmählich verbessern. Gleichwohl dürften vor dem Hintergrund einer geänderten Risikobewertung die Kosten der Finanzierung von Investitionsprojekten mittelfristig höher sein als vor Ausbruch der Finanzkrise. Da damit die erforderliche Rendite von Sachkapitalinvestitionen steigt, sind weniger Investitionsprojekte ökonomisch vorteilhaft. Belastet wird die Investitionstätigkeit auch dadurch, dass die Kapazitätsauslastung mit dem Produktionseinbruch auf ein äußerst tiefes Niveau gefallen ist. Damit besteht vorerst wenig Bedarf für die Erweiterung der Produktionskapazitäten. Die Sachkapitalbildung wird daher zunächst überwiegend aus Ersatzinvestitionen gespeist. Stützend wirkt dabei der zunehmende Einsatz computergestützter Produktionsanlagen mit einem höheren Erneuerungsbedarf. Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2009 um 12 % sinken. Dieser Einbruch ist vor allem auf die scharfe Kontraktion in den ersten sechs Monaten zurückzuführen. Im kommenden Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen stagnieren.

Da im Verlauf der Rezession in den Industrieländern vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern eingebrochen ist, fallen deren Preise. Daher dürfte der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im

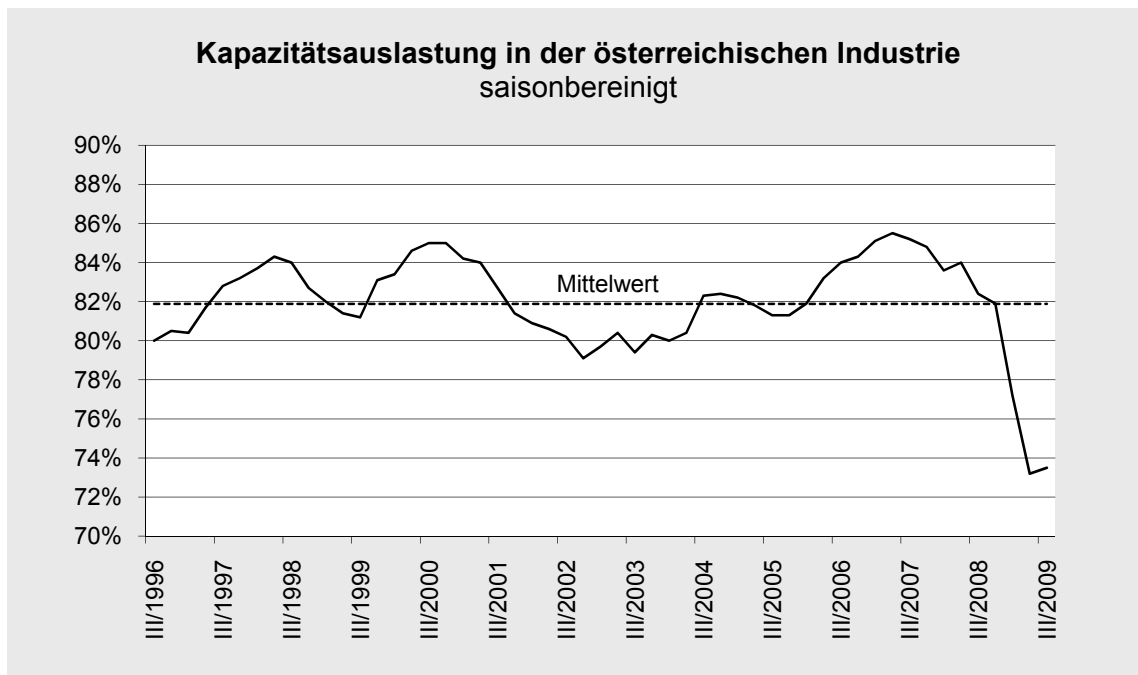
laufenden Jahr um 0.8 % sinken und 2010 im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung um 0.8 % zunehmen.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Die **realen Bauinvestitionen** wurden im ersten Halbjahr um 7,7 % eingeschränkt. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und der unsicheren Perspektiven bezüglich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung hielten sich die privaten Haushalte bei größeren Ausgaben zurück. Daher wirkte sich die Rezession besonders auf die Wohnbauinvestitionen aus, sodass diese in den ersten sechs Monaten des heurigen Jahres um 12 % einbrachen. Die Nicht-Wohnbauinvestitionen sanken im ersten Halbjahr um 4 % und bremsten damit den Rückgang der Bauinvestitionen. Vor allem Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand wirkten dabei stützend. Im Einklang mit der stark rückläufigen Kapazitätsauslastung und den geringen Ausrüstungsinvestitionen bestand dagegen für die Unternehmen kaum die Notwendigkeit, in die Errichtung von Gebäuden zu investieren. Im Prognosezeitraum wird die Bautätigkeit durch massive Infrastrukturausgaben und Förderungen der öffentlichen Hand im Rahmen der Konjunkturbelebungsmaßnahmen gestützt. So sollen geplante Investitionen der ÖBB, der ASFINAG und der Bundesimmobiliengesellschaft BIG zeitlich vorgezogen werden. Zudem fördert der Bund die thermische Gebäudesanierung. Auch die Bundesländer planen für die Jahre 2009 und 2010 zusätzliche Investitionen. Mit diesen Maßnahmen wird der Rückgang der Bauinvestitionen abgefedert. Aufgrund der notwendigen Planungsprozesse werden die zusätzlichen öffentlichen Investitionen zum größten Teil erst im späteren Verlauf des heurigen Jahres und im kommenden Jahr realisiert. Der Wohnbau wird im Prognosezeitraum schwach bleiben. Die weiter steigende Arbeitslosigkeit belastet die Einkommensentwicklung und die Ausgabenbereitschaft. Zudem werden die Realeinkommen nicht mehr durch eine rückläufige Teuerungsrate gestützt. Auch der Wirtschaftsbau wird keine nennenswerte Dynamik entfalten. Alles in allem werden die realen Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2009 um 4 % sinken. Trotz einer Belebung im Jahresverlauf dürften die Bauinvestitionen auch im Durchschnitt des kommenden Jahres mit einem Rückgang um 1 % abwärts gerichtet bleiben.



Auch wenn sich die Teuerung im Jahresverlauf deutlich abgeschwächt hat, stiegen die Baupreise im ersten Halbjahr aufgrund höherer Preise für verschiedene Baumeisterarbeiten um 3.8 %. Die monatliche Entwicklung der Baukosten deutet darauf hin, dass der Preisdruck im weiteren Jahresverlauf deutlich nachlassen wird. Insgesamt gesehen beläuft sich die Prognose für den Anstieg des Deflators der Bauinvestitionen auf 2.5 % im heurigen und 1.3 % im kommenden Jahr.

In der zweiten Jahreshälfte 2008, als die Nachfrage rasch einbrach und die Produktion noch nicht entsprechend eingeschränkt wurde, wurden offenbar beträchtliche Lagerbestände aufgebaut. Die Korrektur dieses Lageraufbaus bremste die gesamtwirtschaftliche Produktion in der ersten Jahreshälfte 2009 erheblich, sodass die gesamten **realen Bruttoinvestitionen** (einschließlich Lagerbestandsveränderungen) um 18.3 % sanken. Die Korrektur der Lagerbestände dürfte inzwischen abgeschlossen sein. Der Lagerzyklus sollte daher im Prognosezeitraum zur Zunahme der Produktion beitragen. Alles in allem dürften die realen Bruttoinvestitionen heuer um knapp 11 % sinken und im kommenden Jahr annähernd stagnieren (-0.2 %).

Die Situation der **öffentlichen Haushalte** ist im Prognosezeitraum infolge des kräftigen Anstiegs der Ausgaben, insbesondere der monetären Transferleistungen an die privaten Haushalte, und eines deutlichen Rückgangs der Einnahmen infolge des Konjunkturerinbruchs und der Steuerreform von einem drastischen Anstieg des gesamtstaatlichen Budgetdefizits gekennzeichnet. Nach einem Defizit von 0.4 % im vergangenen Jahr, gemäß der budgetären Notifikation vom März 2009, ist für heuer und das nächste Jahr mit einem Defizit von 4.4 % bzw. 5.4 % zu rechnen. Somit wird die öffentliche Schuldenquote unter Berücksichtigung der Maßnahmenpakete für die Banken und Unternehmen bis Ende 2010 beträchtlich zulegen und bei rund 75 % des BIP liegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Steuerreform hinterlassen deutliche Spuren auf der Einnahmenseite. In den ersten acht Monaten sind die Steuereinnahmen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres massiv zurückgegangen. Prozentuell am stärksten betroffen sind die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer, infolge geringerer Vorauszahlungen und Gewinne der Körperschaften, mit einer Abnahme um fast 40 %, gefolgt von der Kapitalertragsteuer auf Dividenden um 22 %. Die Lohnsteuer (nach VGR-Abgrenzung) ist im Vorjahresvergleich um etwa 7 %, die veranlagte Einkommensteuer um rund 12 % zurückgeblieben. Ebenso ist bei der Umsatzsteuer und den anderen Verbrauchssteuern ein Rückgang zu verzeichnen. Im Vorjahresvergleich sind die Einnahmen aus der Umsatzsteuer (ebenfalls VGR-Abgrenzung) bisher um beinahe 3.5 % geringer, zum Teil als Folge der Senkung der Mehrwertsteuer auf Medikamente. Die Sozialversicherungsbeiträge werden im Gleichklang mit den Arbeitnehmerentgelten heuer nur schwach zulegen. Im nächsten Jahr ist trotz konjunktureller Aufhellung mit keinem Anziehen der Einnahmen aus Abgaben zu rechnen. Die Hauptgründe hierfür sind die Stagnation bei den Arbeitnehmerentgelten, der schwache private Konsum sowie die Gewinnsituation der Unternehmen.

Ausgabenseitig schlagen besonders die höheren Transferzahlungen und die zusätzlichen Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik, wie das höhere Angebot an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Kurzarbeitsregelungen, zu Buche. Die Inflationsentwicklung im letzten Jahr hat kräftige

Anpassungen bei den Pensionsausgaben sowie ein deutliches Anziehen der Ausgaben für die Löhne und Gehälter der öffentlich Bediensteten zur Folge. Die Beschränkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 Schüler impliziert ein noch kräftigeres Ansteigen der Personalausgaben für die Lehrer. Im nächsten Jahr werden die deutlich moderateren Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen zwar die Ausgabenentwicklung dämpfen, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aber zu zusätzlichen Ausgaben führen. Der massive Anstieg der öffentlichen Verschuldung wird in den nächsten Jahren zusätzliche Mittel für den Zinsendienst binden. Der öffentliche Konsum wird im Jahr 2009 um 1 % und 2010 um 0.8 % zulegen.

Die österreichische Bundesregierung hat wichtige und notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung der österreichischen Volkswirtschaft getroffen. Diese implizieren jedoch einen deutlichen Anstieg der öffentlichen Verschuldung und eine spürbare Ausweitung des strukturellen Defizits. Diese Entwicklung erfordert harte Konsolidierungsanstrengungen nach Beendigung der Krise. Ein wichtiger Schritt ist eine konsequente Umsetzung der Vorschläge der Expertengruppe Staats- und Verwaltungsreform. Es wird auf Dauer nicht möglich sein, auf die Solidarität der nachfolgenden Generationen zu setzen, ohne selbst verantwortungsvoll mit den öffentlichen Finanzen umzugehen. Ebenso bindet ein hoher Schuldenstand einen bedeutenden Teil der öffentlichen Einnahmen, welcher für notwendige Zukunftsinvestitionen, wie in Bildung und in Forschung und Entwicklung, nicht zur Verfügung steht. Die Einführung einer Schuldenbremse könnte ein probates Mittel sein, um eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Finanzpolitik zu unterstützen.

Im ersten Halbjahr 2009 sind die Tariflöhne um 3.5 % angestiegen. Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** haben, gemäß den vorläufigen Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, im gleichen Zeitraum ebenfalls um 3.5 % zugenommen. Der Lohnabschluss der Metallindustrie im Herbst 2008 kam – vor dem Hintergrund einer damals noch relativ stabilen Konjunktursituation – bei der 4-Prozent-Marke zu liegen und trägt zu einer merkbaren Steigerung der Kaufkraft der Arbeitnehmer im Jahr 2009 bei. Die folgenden Lohnverhandlungen des Jahres 2009 haben die geänderten Rahmenbedingungen berücksichtigt und sind deutlich moderater ausgefallen.

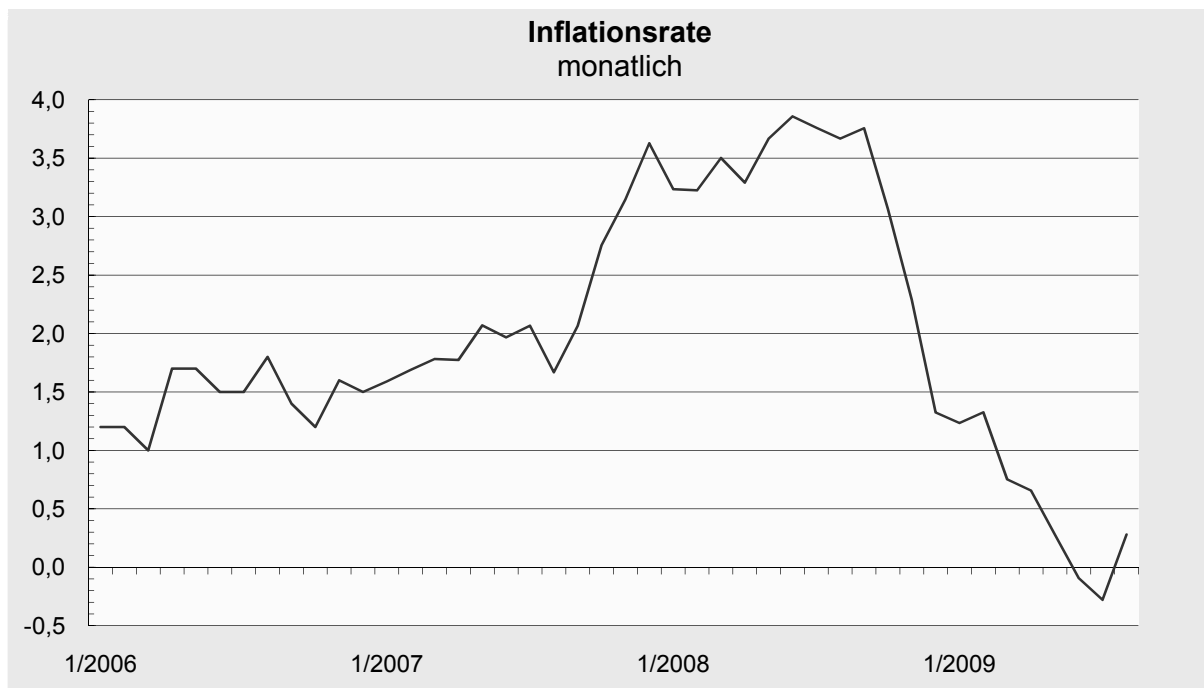
Aufgrund der dramatischen Verschlechterung der konjunkturellen Rahmenbedingungen erwartet das Institut eine zunehmend negative Lohndrift im Jahresverlauf. Das Zurückbleiben der Effektivverdienste hinter den Kollektivvertragslöhnen in einem Konjunkturabschwung entspricht historischen Erfahrungen. Für das Jahr 2009 geht das Institut von einem Anstieg der Arbeitnehmer-Entgelte je Aktiv-Beschäftigten um 3.0 % aus. Dieser Wert impliziert ein im langjährigen Vergleich auffallend hohes Reallohnwachstum von 2.4 %.

Dem prognostizierten relativ starken Wachstum der Reallöhne wird im laufenden Jahr ein massiver Einbruch der Arbeitsproduktivität um 2.4 % gegenüberstehen. Aus diesem Grund erwartet das Institut sehr maßvolle Lohnabschlüsse bei der nächsten Lohnrunde. Für das Jahr 2010 wird deshalb ein Anstieg der Arbeitnehmerentgelte um lediglich 0.8 % prognostiziert. Die Reallöhne werden dann voraussichtlich um 0.6 % zurückgehen.

Synchron mit der wirtschaftlichen Aktivität befand sich die **Inflationsrate** seit einem Jahr im freien Fall. Von einem langjährigen Rekordwert von 3,9 % im Juni des Vorjahres hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise kontinuierlich verlangsamt. Im Sommer des laufenden Jahres wurden schließlich sogar Preisrückgänge im Vorjahresvergleich gemessen. Mit einem Rückgang der Verbraucherpreise im Juli um 0,3 % wurde die Talsohle durchschritten, und im August war bereits wieder ein moderater Anstieg des VPI um 0,3 % zu beobachten.

Die globale Nachfrageschwäche im Gefolge der Finanzkrise hat zu einem beeindruckenden Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise geführt, der sich rasch in die Verbraucherpreise fortpflanzte. Im Euro-Raum ist der Preisauftrieb bereits ab Mai vollständig zum Stillstand gekommen und im Juli lag die Inflationsrate gemäß HVPI bei -0,7 %. Die preisdämpfenden Kräfte verlieren jedoch zunehmend an Substanz. Die Bodenbildung bei den Rohstoffpreisen wurde bereits überwunden, und insbesondere der Ölpreis hat in den letzten Monaten merkbar zugelegt. Deshalb ist zu erwarten, dass die Inflation insbesondere im vierten Quartal wieder Fahrt aufnehmen wird. Für den Jahresdurchschnitt 2009 wird folglich eine Inflationsrate von 0,6 % prognostiziert.

Im Jahr 2010 wird die weiterhin schwache internationale Konjunktur den Preisauftrieb hemmen. Allerdings wird der derzeit bereits sichtbare deutliche Anstieg der Energiepreise seine Spuren in der Preisentwicklung hinterlassen. Die erwartete Belebung des Preisauftriebs im laufenden Jahr wird sich im Jahr 2010 fortsetzen und einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,4 % bewirken.



Quelle: Statistik Austria

Die konjunkturelle Entwicklung schlägt voll auf den Arbeitsmarkt durch. Im Prognosezeitraum wird die Beschäftigung markant schrumpfen und die Arbeitslosigkeit stetig anziehen. Im Vergleich zur Sommerprognose hat sich die Einschätzung der Arbeitsmarktlage marginal aufgehellt, für 2010 wird nunmehr eine Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition von 8.4 % erwartet. Die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik verhindern gegenwärtig einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Ziel der Arbeitsmarktpolitik sollte es in der gegenwärtigen Situation sein, die Transformation von konjunktureller in strukturelle Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Im August ist die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im Vorjahresvergleich um 65,200 Personen bzw. 1.9 % zurückgegangen. Der Großteil des Rückgangs entfällt auf die Männer (55.000 Personen bzw. 2.9 %), allerdings fällt seit Mai auch die Frauenbeschäftigung. Der Einbruch in der Industriekonjunktur reflektiert sich in der sektoralen Beschäftigungsentwicklung. Im Jahresabstand gibt es in der Sachgüterproduktion 47,000 Arbeitsplätze (-7.5 %) weniger, zusätzlich ist auch die Zahl der Leiharbeiter, die überwiegend in Firmen der Sachgüterproduktion beschäftigt waren, um 14,500 zurückgegangen. In den Branchen Fahrzeuge, Metallindustrie und Textil liegen die Beschäftigungsstände um mindestens 10 % unter dem Vorjahresniveau. Am Bau ist die Beschäftigung um 1.2 % zurückgegangen. Eine negative Beschäftigungsentwicklung zeigt sich auch im Dienstleistungssektor (-19,700 Personen), wobei allerdings  $\frac{3}{4}$  des Rückgangs auf die Leiharbeitsfirmen entfällt.

Das Institut geht davon aus, dass sich der Beschäftigungsabbau in den nächsten Monaten in unverändert hohem Tempo fortsetzt. Die negative Dynamik beim Bestand an offenen Stellen hat sich etwas verlangsamt, im August lag der Bestand aber immer noch um 25 % unter dem Vorjahresniveau. Die Fördermaßnahmen durch das AMS (Kurzarbeit, aber auch etwa Lohnsubventionen) dämpfen den Beschäftigungsabbau etwas. Mitte September sind rund 45,000 Personen in Kurzarbeit. Positiv ist zu bemerken, dass die Inanspruchnahme seit Mai um etwa 10,000 Personen zurückgegangen ist. Insgesamt gesehen geht das Institut weiter davon aus, dass im Jahresdurchschnitt 2009 die Beschäftigung um 50,000 Personen bzw. 1.5 % schrumpfen wird. Auch im kommenden Jahr wird die Beschäftigungsdynamik nur schwach ausfallen, sodass gegenwärtig ein Beschäftigungsrückgang um 0.8 % erwartet wird. Die historische Erfahrung zeigt, dass die Beschäftigung in Krisenzeiten oft erst mit Verzögerung eingebrochen ist. Darüber hinaus ist auch der markante Rückgang der Arbeitsproduktivität 2009 zu berücksichtigen.

## Arbeitsmarktentwicklung 2009

	Jänner bis August (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	-43,020	-1.3 %
Männer	-44,409	-2.4 %
Frauen	1,390	0.1 %
Aktiv-Beschäftigte*	-42,368	-1.3 %
Primärer Sektor	2,699	2.4 %
Sachgüterproduktion	-32,820	-5.4 %
Bau	-6,898	-2.8 %
Dienstleistungssektor	-5,501	-0.2 %
Arbeitslose	53,121	25.8 %
Männer	39,405	34.2 %
Frauen	13,716	15.1 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

\* ohne KindergeldbezieherInnen, Präsenzdienler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Im Einklang mit der Beschäftigungslage steigt die Arbeitslosigkeit. Im August erhöhte sich die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** im Jahresabstand um 55,000 Personen bzw. 29.8 %. Die Zahl der Schulungsteilnehmer ist um 17,000 Personen bzw. 43 % angestiegen. Der Aufbau der Arbeitslosigkeit vollzieht sich seit März etwa im selben Tempo. Weiterhin entwickelt sich die Arbeitslosigkeit bei den Männern (40 %) ungünstiger als bei den Frauen (20 %). Im weiteren Jahresverlauf wird keine Verlangsamung beim Tempo des Arbeitskräfteabbaus erwartet. Das Institut rechnet daher für den Jahresdurchschnitt 2009 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 60,000 Personen auf 273,000. Im Laufe des nächsten Jahres dürfte sich die Dynamik bei der Arbeitslosigkeit spürbar verlangsamen. Aufgrund der etwas weniger ungünstigen Einschätzung der Konjunkturlage geht das Institut nunmehr davon aus, dass die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Personen im Jahresdurchschnitt 2010 306,000 beträgt. Die vorliegende Prognose unterstellt weiterhin eine prozyklische Entwicklung des Arbeitskräfteangebots und eine Dämpfung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit durch die Ausweitung der Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik.

In diesem Jahr klettert die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition von 5.8 % auf 7.5 %. Im nächsten Jahr wird ein Wert von 8.4 % erreicht. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Berechnungsmethode steigt voraussichtlich von 3.8 % im Vorjahr auf 5.0 % bzw. 5.8 %.

Die Arbeitsmarktpolitik hat mit einer Reihe von Maßnahmen auf die Krise reagiert und damit den Anstieg der Arbeitslosigkeit reduziert. Die Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik ist daher begrüßenswert. Ziel der Maßnahmen sollte es sein, die Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials zu erhalten bzw. zu erhöhen, nicht jedoch eine nur kurzfristig wirksame Minimierung der

registrierten Arbeitslosigkeit. In der gegenwärtigen Situation sind Maßnahmen, die die Transformation von konjunktureller in strukturelle Arbeitslosigkeit verhindern, besonders sinnvoll. Von einem makroökonomischen Standpunkt aus ist die Kurzarbeit positiv zu bewerten, da sie Hysteresiseffekten der Arbeitslosigkeit vorbeugt und allfällige Kündigungs- bzw. Neueinstellungskosten nicht auftreten lässt. Vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit und knapper öffentlicher Mittel ist es notwendig, darauf zu drängen, dass die Mittel der Arbeitsmarktpolitik gezielt eingesetzt und Mitnahmeeffekte verhindert werden.

Die konjunkturellen Probleme verstärken die strukturellen Schwächen am österreichischen Arbeitsmarkt. Eine Qualifizierungsoffensive bei den Jugendlichen erscheint vor dem Hintergrund steigender Anforderungen am Arbeitsmarkt notwendig. Diese Maßnahmen sollten längerfristig angelegt sein und müssen möglichst früh ansetzen. Hier sind auch Fördermaßnahmen im Bildungssystem, die dem Entstehen eines Potenzials von Jugendlichen mit fachlichen und persönlichen Defiziten entgegenwirken, überlegenswert. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Sprachförderung gewidmet werden. Eine Entlastung bei den Arbeitskosten im Niedriglohnbereich (etwa eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge) sollte angedacht werden. Damit könnte der Anreiz zur Beschäftigungsaufnahme gestärkt werden. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Wirtschaftslage erscheinen Maßnahmen, die bei der Reduktion des Arbeitskräfteangebots ansetzen (etwa Frühpensionierungen) attraktiv. Diese haben sich allerdings in der Vergangenheit als kontraproduktiv erwiesen und würden die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts längerfristig nur schwächen.



## 5. Monetäre Prognose

Im ablaufenden Quartal wurden die Leitzinsen im Euroraum nicht verändert. Seit der letzten Zinssenkung im Mai dieses Jahres liegt der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte damit auf dem historisch niedrigen Niveau von 1 %. Eine weitere Zinssenkung mit dem Ziel einer Nullzinspolitik, wie sie von Notenbanken wie der *Fed*, der *Bank of England* oder der *Bank of Japan* verfolgt wird, ist nicht zu erwarten. Die seit Herbst 2008 ergriffenen erweiterten Maßnahmen der EZB zur Unterstützung der Kreditvergabe sind weiter fortgeführt worden. Insbesondere werden auf Euro lautende Refinanzierungsgeschäfte zu einem festen Zinssatz mit vollständiger Zuteilung durchgeführt, und es wird ein breiteres Spektrum an Sicherheiten akzeptiert. Darüber hinaus wurde im Juni das erste längerfristige Refinanzierungsgeschäft mit einer Laufzeit von einem Jahr abgewickelt, und im Juli wurden erstmals Käufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen durchgeführt.

Die Verbraucherpreise im Euroraum sind gegenwärtig leicht rückläufig. Gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex betrug die Inflation im Euroraum im Juni, Juli und August -0.1 %, -0.7 % bzw. -0.2 %. Das Wachstum des weit gefassten Geldmengenaggregats M3 ist in den letzten Monaten weiter zurückgegangen und betrug im Juni und Juli im Vorjahresvergleich 3.6 % bzw. 3 %. Das Institut geht davon aus, dass die Leitzinsen der EZB im Prognosezeitraum konstant bleiben bzw. eventuell gegen Ende 2010 leicht angehoben werden.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2006	3.5	5.25	5	1.5 – 2.5	0.25
Ende 2007	4	4.25	5.5	2.25 – 3.25	0.5
Ende 2008	2.5	0 – 0.25	2	0 – 1	0.1
22.9. 2009	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.75	0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Financial Datastream

Die in den ersten Monaten 2009 kräftig angestiegenen Bonitätsaufschläge und CDS-Prämien österreichischer Staatsanleihen sind im dritten Quartal weiter zurückgegangen, befinden sich jedoch nach wie vor auf höheren Niveaus als vor Beginn der Finanzmarkturbulenzen Mitte 2007. Nach einem durchschnittlichen Aufschlag österreichischer gegenüber deutscher Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren von etwa 100 bzw. 80 Basispunkten im ersten und zweiten Quartal 2009 ist dieser Spread im dritten Quartal auf etwa 50 Basispunkte gesunken. Auch die Unterschiede zwischen den Anleiherenditen verschiedener Euro-Staaten bleiben höher als vor Beginn der Krise und deuten auf eine differenzierte Wahrnehmung des Ausfallrisikos der betreffenden Staaten. Eine höhere Einschätzung des Ausfallrisikos bedingt insbesondere höhere staatliche Finanzierungskosten auf dem Kapitalmarkt.



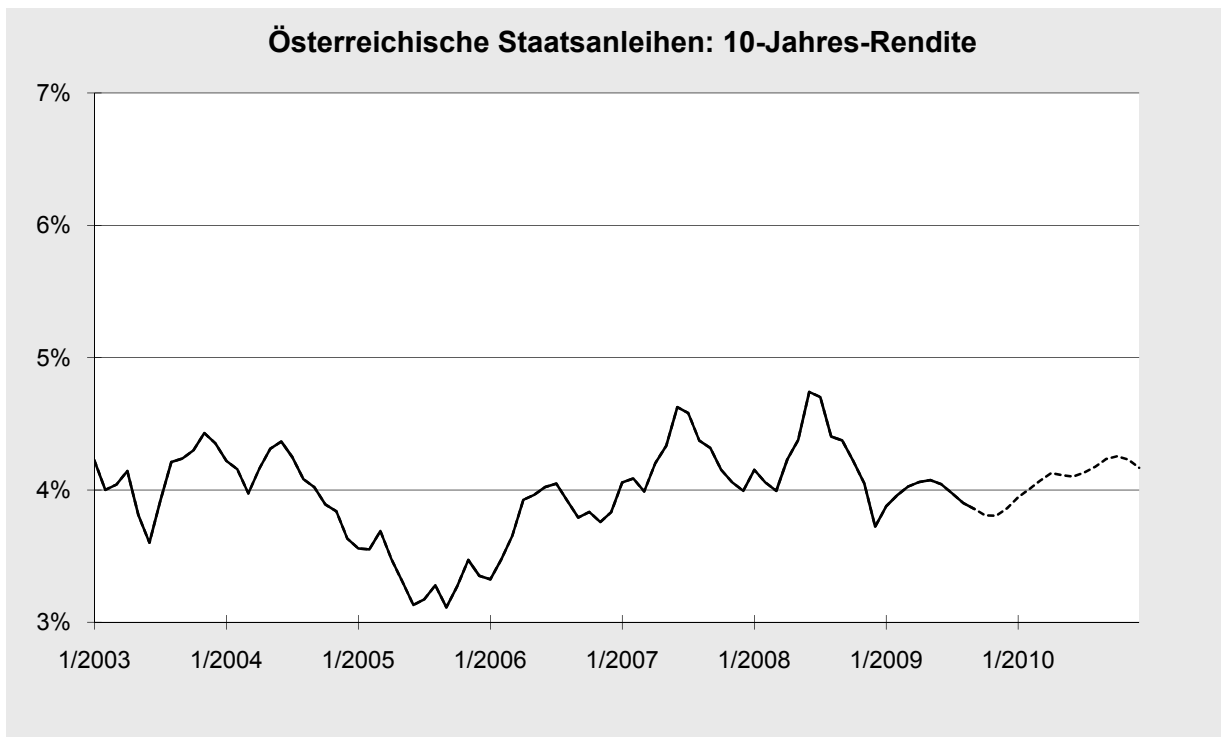
Auf den Märkten für Staatsanleihen sind die Renditen, gemessen an Quartalsdurchschnittswerten, vom zweiten auf das dritte Quartal in Österreich und im Euroraum-Durchschnitt gefallen, in Deutschland blieben sie unverändert. Ein erheblicher Teil des Rückgangs kann auf sinkende Bonitätsaufschläge zurückgeführt werden. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen im ablaufenden Quartal eine durchschnittliche Rendite von 3.8 % auf, deutsche Bundesanleihen der gleichen Laufzeit rentierten zu durchschnittlich 3.3 %. Dieser Spread ist im dritten Quartal deutlich, und zwar schneller als erwartet, zurückgegangen, liegt allerdings weiterhin etwas über den Werten der Jahre 2003 bis 2007. In diesen Jahren hatte die durchschnittliche Differenz zwischen österreichischen und deutschen Staatsanleihen fast null betragen. Die Prognose der Rendite für Staatsanleihen wird im Vergleich zur Juni-Prognose aufgrund des kräftiger als erwartet erfolgten Rückgangs des Bonitätsaufschlags leicht zurückgenommen. Für 2009 und 2010 prognostiziert das Institut für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren eine durchschnittliche Jahresrendite von 4.0 % bzw. 4.2 %.

Die Situation am Interbankenmarkt hat sich mittlerweile soweit entspannt, dass aufgrund der erweiterten Maßnahmen der EZB zur Unterstützung der Kreditvergabe der 3-Monats-Euribor unter den EZB-Leitzins von 1 % gefallen ist. Nach 1.3 % im zweiten Quartal wurde der 3-Monats-Euribor im dritten Quartal zu etwa 0.9 % quotiert. Für 2009 und 2010 erwartet das Institut – ähnlich wie bei der Juni-Prognose – einen jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor von jeweils 1.2 %.

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte hat der Euro gegenüber dem Dollar im dritten Quartal 2009 – wie im Vorquartal – aufgewertet, und zwar um 5.1 %. Im Quartalsdurchschnitt betrug der Wechselkurs 1.43 USD/EUR. Das Institut geht davon aus, dass die konjunkturelle Dynamik in den USA im kommenden Jahr den Dollar stärken wird, und erwartet daher eine leichte Abwertung des Euro. Für 2009 und 2010 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von 1.39 bzw. 1.35 USD/EUR prognostiziert.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten für 2009 und 2010 hat sich im Vergleich zur Juni-Prognose leicht verändert. Insbesondere sollte das Wachstum der Sichteinlagen und zugleich der Rückgang der Termineinlagen im laufenden Jahr kräftiger ausfallen als zuletzt erwartet, d. h. Geldvermögen wird in verstärktem Ausmaß von Termin- in Sichteinlagen umgeschichtet. Die Sichteinlagen sollten im Prognosezeitraum um 11.1 % bzw. 6.5 % steigen, die Termineinlagen zunächst um 8.4 % sinken und sich danach um 3.1 % ausweiten. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut ein jahresdurchschnittliches Wachstum um 5.2 % bzw. 3.1 %. Das Kreditvolumen sollte 2009 und 2010 um 1.7 % bzw. 2.1 % steigen.

## ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE



Quelle: Thomson Financial Datastream, eigene Berechnungen

Erläuterung: Die strichlierte Linie gibt die prognostizierten Werte an.





TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)											
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010			
GDP	231,838 0,8%	237,737 2,5%	243,585 2,5%	252,012 3,5%	260,952 3,5%	266,297 2,0%	256,084 -3,8%	258,645 1,0%			
GDP\$	223,302 2,0%	232,782 4,2%	243,585 4,6%	256,162 5,2%	270,782 5,7%	281,867 4,1%	275,173 -2,4%	280,665 2,0%			
PGDP	96,318 1,2%	97,916 1,7%	100,000 2,1%	101,646 1,6%	103,767 2,1%	105,847 2,0%	107,454 1,5%	108,513 1,0%			
PLC	95,750 1,3%	97,740 2,1%	100,000 2,3%	101,500 1,5%	103,700 2,2%	107,000 3,2%	107,642 0,6%	109,149 1,4%			
YWGLEA	36,996 2,0%	37,462 1,3%	38,426 2,6%	39,574 3,0%	40,754 3,0%	41,918 2,9%	43,176 3,0%	43,499 0,8%			
LEA	3057,409 0,2%	3078,544 0,7%	3110,407 1,0%	3161,932 1,7%	3227,449 2,1%	3304,128 2,4%	3254,566 -1,5%	3228,530 -0,8%			
UR	7,010 0,149	7,084 0,075	7,254 0,170	6,795 -0,459	6,232 -0,563	5,843 -0,389	7,491 1,648	8,391 0,900			

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALLEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Var1	0,507	1,190	1,151	0,959	0,348	0,369	0,126	0,263
Var2	0,023	0,042	0,026	0,020	0,085	0,040	-0,004	0,000
Var3	0,211	0,188	0,309	0,500	0,320	0,574	0,183	0,144
Var4	1,169	0,436	0,361	0,685	0,886	0,068	-2,403	-0,034
Var5	0,456	-0,040	0,341	0,202	0,477	0,008	-1,202	0,000
Var6	0,560	0,193	-0,089	0,318	0,335	0,203	-0,451	-0,112
Var7	0,149	0,247	-0,097	-0,096	0,352	0,157	-0,001	-0,001
Var8	0,694	4,867	3,812	4,053	5,283	0,456	-7,953	1,991
Var9	0,331	4,370	2,441	3,104	4,076	0,087	-6,869	1,687
Var10	0,362	0,497	1,362	0,949	1,203	0,376	-1,090	0,300
Var11	-1,952	-4,424	-3,102	-2,662	-3,726	0,384	6,217	-1,363
Var12	-1,640	-3,923	-2,407	-2,085	-3,371	0,199	5,595	-1,305
Var13	-0,308	-0,498	-0,694	-0,577	-0,351	0,185	0,616	-0,060
GDP	0,801	2,545	2,460	3,460	3,547	2,048	-3,835	1,000

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Var1	22,880 0,986	22,737 -0,143	22,543 -0,194	22,452 -0,092	22,538 0,086	22,152 -0,386	20,536 -1,616	20,299 -0,237
UREU	4,3 0,1	4,8 0,5	5,2 0,4	4,7 -0,5	4,4 -0,3	3,8 -0,6	5,0 1,2	5,8 0,8
Var4	2,882 -0,742	2,414 -0,469	1,231 -1,182	2,150 0,918	2,207 0,057	2,235 0,029	2,492 0,256	3,234 0,742
Var5	38,720 0,3%	38,447 -0,7%	38,426 -0,1%	38,711 0,7%	38,823 0,3%	38,916 0,2%	39,845 2,4%	39,589 -0,6%
PRLEA	7,583 0,6%	7,722 1,8%	7,831 1,4%	7,970 1,8%	8,085 1,4%	8,060 -0,3%	7,868 -2,4%	8,011 1,8%
Var6	-1,4 -0,7	-4,4 -3,0	-1,6 2,8	-1,6 0,0	-0,5 1,1	-0,4 0,1	-4,4 -4,0	-5,4 -1,0

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
C\$	119,230 2,6%	124,278 4,2%	130,281 4,8%	135,574 4,1%	140,132 3,4%	144,828 3,4%	146,061 0,9%	148,846 1,9%
CNP\$	3,251 2,7%	3,388 4,2%	3,486 2,9%	3,505 0,5%	3,764 7,4%	4,021 6,8%	4,052 0,7%	4,102 1,3%
CP\$	42,107 3,3%	43,358 3,0%	45,136 4,1%	47,432 5,1%	49,447 4,2%	52,560 6,3%	54,784 4,2%	55,609 1,5%
IF\$	51,202 6,1%	52,891 3,3%	54,911 3,8%	57,805 5,3%	61,942 7,2%	64,002 3,3%	57,796 -9,7%	58,271 0,8%
IFE\$	23,781 4,6%	23,776 0,0%	24,949 4,9%	25,774 3,3%	27,515 6,8%	27,840 1,2%	24,316 -12,7%	24,498 0,8%
IFC\$	26,338 6,2%	27,335 3,8%	27,856 1,9%	29,468 5,8%	31,641 7,4%	33,701 6,5%	33,162 -1,6%	33,240 0,2%
DIF\$	-0,346 -0,320	0,000 0,346	0,000 0,000	-0,470 -0,470	-0,381 0,089	0,231 0,612	0,231 -0,001	0,230 0,000
VD\$	215,444 3,4%	223,914 3,9%	233,814 4,4%	243,845 4,3%	254,904 4,5%	265,642 4,2%	262,923 -1,0%	267,059 1,6%
X\$	108,541 1,1%	120,837 11,3%	132,036 9,3%	145,464 10,2%	161,791 11,2%	167,311 3,4%	142,252 -15,0%	148,466 4,4%
M\$	100,683 3,9%	111,970 11,2%	122,265 9,2%	133,147 8,9%	145,913 9,6%	151,085 3,5%	130,003 -14,0%	134,861 3,7%
GDP\$	223,302 2,0%	232,782 4,2%	243,585 4,6%	256,162 5,2%	270,782 5,7%	281,867 4,1%	275,173 -2,4%	280,665 2,0%



TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
C	124,786 0,9%	127,545 2,2%	130,281 2,1%	132,617 1,8%	133,493 0,7%	134,457 0,7%	134,793 0,3%	135,467 0,5%
CNP	3,328 1,6%	3,425 2,9%	3,486 1,8%	3,535 1,4%	3,749 6,1%	3,854 2,8%	3,845 -0,3%	3,845 0,0%
CP	43,966 1,1%	44,401 1,0%	45,136 1,7%	46,354 2,7%	47,161 1,7%	48,659 3,2%	49,145 1,0%	49,514 0,8%
IF	53,044 5,3%	54,054 1,9%	54,911 1,6%	56,581 3,0%	58,813 3,9%	58,991 0,3%	52,591 -10,8%	52,503 -0,2%
IFE	24,231 4,5%	24,138 -0,4%	24,949 3,4%	25,441 2,0%	26,644 4,7%	26,665 0,1%	23,465 -12,0%	23,465 0,0%
IFC	27,620 4,9%	28,067 1,6%	27,856 -0,7%	28,632 2,8%	29,476 2,9%	30,005 1,8%	28,805 -4,0%	28,517 -1,0%
DIF	-0,343 0,343	0,230 0,573	0,000 -0,230	-0,235 -0,234	0,652 0,887	1,061 0,409	1,058 -0,002	1,056 -0,002
VD	224,914 2,2%	229,703 2,1%	233,814 1,8%	238,852 2,2%	243,896 2,1%	247,005 1,3%	241,412 -2,3%	242,362 0,4%
X	111,691 1,5%	122,973 10,1%	132,036 7,4%	141,909 7,5%	155,223 9,4%	156,412 0,8%	135,234 -13,5%	140,333 3,8%
M	104,634 4,5%	114,891 9,8%	122,265 6,4%	128,749 5,3%	138,138 7,3%	137,136 -0,7%	120,581 -12,1%	124,073 2,9%
GDP	231,838 0,8%	237,737 2,5%	243,585 2,5%	252,012 3,5%	260,952 3,5%	266,297 2,0%	256,084 -3,8%	258,645 1,0%

TAB. 4: PREISINDIZES (2005 = 100)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
PC	95,547 1,7%	97,438 2,0%	100,000 2,6%	102,229 2,2%	104,973 2,7%	107,713 2,6%	108,359 0,6%	109,876 1,4%
PCP	95,771 2,2%	97,649 2,0%	100,000 2,4%	102,325 2,3%	104,848 2,5%	108,018 3,0%	111,474 3,2%	112,310 0,8%
PIF	96,528 0,7%	97,849 1,4%	100,000 2,2%	102,163 2,2%	105,320 3,1%	108,495 3,0%	109,898 1,3%	110,988 1,0%
PIFE	98,142 0,1%	98,503 0,4%	100,000 1,5%	101,306 1,3%	103,267 1,9%	104,410 1,1%	103,627 -0,8%	104,404 0,8%
PIFC	95,361 1,2%	97,392 2,1%	100,000 2,7%	102,920 2,9%	107,345 4,3%	112,318 4,6%	115,126 2,5%	116,565 1,3%
PVD	95,789 1,2%	97,480 1,8%	100,000 2,6%	102,090 2,1%	104,513 2,4%	107,545 2,9%	108,911 1,3%	110,190 1,2%
PX	97,180 -0,3%	98,263 1,1%	100,000 1,8%	102,505 2,5%	104,232 1,7%	106,968 2,6%	105,190 -1,7%	105,795 0,6%
PM	96,224 -0,5%	97,457 1,3%	100,000 2,6%	103,416 3,4%	105,628 2,1%	110,171 4,3%	107,813 -2,1%	108,695 0,8%
PGDP	96,318 1,2%	97,916 1,7%	100,000 2,1%	101,646 1,6%	103,767 2,1%	105,847 2,0%	107,454 1,5%	108,513 1,0%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
XG\$	77,896 -0,2%	88,597 13,7%	96,260 8,6%	106,883 11,0%	119,103 11,4%	121,990 2,4%	100,166 -17,9%	105,197 5,0%
XSO\$	19,890 5,5%	21,278 7,0%	24,375 14,6%	26,898 10,4%	30,575 13,7%	32,157 5,2%	29,522 -8,2%	30,708 4,0%
XST\$	10,755 2,7%	10,962 1,9%	11,402 4,0%	11,683 2,5%	12,114 3,7%	13,164 8,7%	12,564 -4,6%	12,561 0,0%
X\$	108,541 1,1%	120,837 11,3%	132,036 9,3%	145,464 10,2%	161,791 11,2%	167,311 3,4%	142,252 -15,0%	148,466 4,4%
MG\$	79,431 3,6%	89,159 12,2%	97,306 9,1%	106,173 9,1%	117,166 10,4%	121,808 4,0%	102,730 -15,7%	107,123 4,3%
M\$O\$	15,982 5,0%	17,610 10,2%	19,649 11,6%	21,496 9,4%	23,183 7,8%	23,706 2,3%	21,830 -7,9%	22,268 2,0%
MST\$	5,270 6,1%	5,201 -1,3%	5,310 2,1%	5,478 3,2%	5,564 1,6%	5,571 0,1%	5,443 -2,3%	5,470 0,5%
M\$	100,683 3,9%	111,970 11,2%	122,265 9,2%	133,147 8,9%	145,913 9,6%	151,085 3,5%	130,003 -14,0%	134,861 3,7%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
XG	80,327 1,0%	90,458 12,6%	96,260 6,4%	103,820 7,9%	114,093 9,9%	114,320 0,2%	96,029 -16,0%	100,350 4,5%
XSO	20,120 4,0%	21,347 6,1%	24,375 14,2%	26,549 8,9%	29,204 10,0%	29,343 0,5%	27,142 -7,5%	28,092 3,5%
XST	11,269 0,6%	11,193 -0,7%	11,402 1,9%	11,541 1,2%	11,917 3,3%	12,760 7,1%	12,058 -5,5%	11,877 -1,5%
X	111,691 1,5%	122,973 10,1%	132,036 7,4%	141,909 7,5%	155,223 9,4%	156,412 0,8%	135,234 -13,5%	140,333 3,8%
MG	82,489 4,8%	91,584 11,0%	97,306 6,2%	102,384 5,2%	110,879 8,3%	110,360 -0,5%	95,462 -13,5%	98,803 3,5%
MSO	16,632 3,1%	17,978 8,1%	19,649 9,3%	21,056 7,2%	22,028 4,6%	21,681 -1,6%	20,218 -6,8%	20,420 1,0%
MST	5,522 4,0%	5,331 -3,5%	5,310 -0,4%	5,308 0,0%	5,221 -1,7%	5,084 -2,6%	4,906 -3,5%	4,857 -1,0%
M	104,634 4,5%	114,891 9,8%	122,265 6,4%	128,749 5,3%	138,138 7,3%	137,136 -0,7%	120,581 -12,1%	124,073 2,9%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (2005 = 100)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
PXG	96,973 -1,1%	97,943 1,0%	100,000 2,1%	102,950 3,0%	104,391 1,4%	106,709 2,2%	104,308 -2,3%	104,829 0,5%
PXSO	98,860 1,4%	99,676 0,8%	100,000 0,3%	101,318 1,3%	104,694 3,3%	109,591 4,7%	108,769 -0,8%	109,313 0,5%
PXST	95,436 2,1%	97,941 2,6%	100,000 2,1%	101,231 1,2%	101,649 0,4%	103,168 1,5%	104,199 1,0%	105,762 1,5%
PX	97,180 -0,3%	98,263 1,1%	100,000 1,8%	102,505 2,5%	104,232 1,7%	106,968 2,6%	105,190 -1,7%	105,795 0,6%
PMG	96,293 -1,2%	97,352 1,1%	100,000 2,7%	103,700 3,7%	105,670 1,9%	110,373 4,5%	107,613 -2,5%	108,420 0,8%
PMSO	96,094 1,9%	97,951 1,9%	100,000 2,1%	102,091 2,1%	105,244 3,1%	109,340 3,9%	107,973 -1,3%	109,053 1,0%
PMST	95,430 2,0%	97,561 2,2%	100,000 2,5%	103,200 3,2%	106,575 3,3%	109,583 2,8%	110,953 1,3%	112,617 1,5%
PM	96,224 -0,5%	97,457 1,3%	100,000 2,6%	103,416 3,4%	105,628 2,1%	110,171 4,3%	107,813 -2,1%	108,695 0,8%
Var1	100,994 0,2%	100,826 -0,2%	100,000 -0,8%	99,119 -0,9%	98,678 -0,4%	97,092 -1,6%	97,567 0,5%	97,332 -0,2%
Var2	100,707 0,0%	100,607 -0,1%	100,000 -0,6%	99,277 -0,7%	98,790 -0,5%	96,680 -2,1%	96,928 0,3%	96,688 -0,2%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Var1	45,088 0,826	48,101 3,013	50,194 2,093	51,978 1,784	53,886 1,908	53,601 -0,284	47,244 -6,357	48,050 0,807
Var2	35,571 0,533	38,302 2,731	39,948 1,646	41,447 1,500	43,269 1,822	43,215 -0,055	37,333 -5,882	38,167 0,835
Var3	48,607 -0,451	51,910 3,303	54,206 2,295	56,786 2,581	59,750 2,964	59,358 -0,392	51,696 -7,662	52,898 1,203
Var4	34,884 -0,772	38,060 3,176	39,518 1,458	41,725 2,207	43,985 2,260	43,279 -0,706	36,401 -6,878	37,481 1,080

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
POPWAT	5269,423 0,6%	5299,194 0,6%	5329,443 0,6%	5360,245 0,6%	5376,975 0,3%	5399,674 0,4%	5416,974 0,3%	5437,874 0,4%
TLFPR	72,415 0,5%	72,443 0,0%	72,888 0,6%	73,227 0,5%	73,846 0,8%	74,941 1,5%	75,001 0,1%	74,813 -0,3%
TLF	3815,838 1,1%	3838,870 0,6%	3884,540 1,2%	3925,152 1,0%	3970,688 1,2%	4046,547 1,9%	4062,760 0,4%	4068,239 0,1%
Var1	3427,268 0,7%	3436,178 0,3%	3466,051 0,9%	3492,266 0,8%	3518,547 0,8%	3572,226 1,5%	3583,221 0,3%	3587,501 0,1%
DLFFOR	388,570 4,9%	402,693 3,6%	418,489 3,9%	432,886 3,4%	452,141 4,4%	474,321 4,8%	479,538 1,1%	480,737 0,3%
SEG	391,000 1,5%	396,400 1,4%	401,600 1,3%	405,100 0,9%	404,400 -0,2%	413,800 2,3%	420,007 1,5%	420,007 0,0%
DLF	3424,838 1,1%	3442,470 0,5%	3482,940 1,2%	3520,052 1,1%	3566,288 1,3%	3632,747 1,9%	3642,753 0,3%	3648,232 0,2%
LEA	3057,409 0,2%	3078,544 0,7%	3110,407 1,0%	3161,932 1,7%	3227,449 2,1%	3304,128 2,4%	3254,566 -1,5%	3228,530 -0,8%
LENACT	127,351 23,4%	120,047 -5,7%	119,879 -0,1%	118,946 -0,8%	116,590 -2,0%	116,366 -0,2%	115,319 -0,9%	113,589 -1,5%
UN	240,079 3,3%	243,880 1,6%	252,654 3,6%	239,174 -5,3%	222,248 -7,1%	212,253 -4,5%	272,867 28,6%	306,113 12,2%
UR	7,010 0,149	7,084 0,075	7,254 0,170	6,795 -0,459	6,232 -0,563	5,843 -0,389	7,491 1,648	8,391 0,900

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
GDP\$	223,302 2,0%	232,782 4,2%	243,585 4,6%	256,162 5,2%	270,782 5,7%	281,867 4,1%	275,173 -2,4%	280,665 2,0%
YWGG\$	113,111 2,1%	115,328 2,0%	119,520 3,6%	125,130 4,7%	131,531 5,1%	138,503 5,3%	140,518 1,5%	140,439 -0,1%
BUSE	85,322 3,1%	91,556 7,3%	97,432 6,4%	103,889 6,6%	110,359 6,2%	113,581 2,9%	105,914 -6,8%	111,484 5,3%
PASUB	24,870 -1,8%	25,898 4,1%	26,632 2,8%	27,142 1,9%	28,893 6,5%	29,784 3,1%	28,742 -3,5%	28,742 0,0%
YF\$	-2,171 -20,5%	-1,749 -19,4%	-2,380 36,1%	-2,841 19,3%	-5,431 91,2%	-4,481 -17,5%	-3,944 -12,0%	-3,944 0,0%
DEP\$	34,853 2,9%	36,076 3,5%	37,578 4,2%	39,177 4,3%	41,243 5,3%	43,231 4,8%	44,960 4,0%	46,646 3,8%
Y\$	186,279 2,2%	194,957 4,7%	203,626 4,4%	214,144 5,2%	224,109 4,7%	234,155 4,5%	226,270 -3,4%	230,075 1,7%
YT\$	-1,821 0,4%	-1,922 5,6%	-2,075 8,0%	-1,832 -11,7%	-1,356 -26,0%	-1,530 12,8%	-1,683 10,0%	-1,716 2,0%
NE\$	184,458 2,2%	193,035 4,6%	201,551 4,4%	212,312 5,3%	222,753 4,9%	232,626 4,4%	224,587 -3,5%	228,359 1,7%



TAB. 11 : MONETAERER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
SI	44,926 14,0%	49,771 10,8%	55,901 12,3%	60,682 8,6%	65,863 8,5%	69,176 5,0%	76,854 11,1%	81,850 6,5%
TE	18,866 -12,1%	18,788 -0,4%	20,374 8,4%	24,453 20,0%	32,759 34,0%	44,861 36,9%	41,093 -8,4%	42,367 3,1%
SP	129,885 3,5%	134,049 3,2%	136,237 1,6%	138,213 1,5%	142,578 3,2%	150,148 5,3%	157,956 5,2%	162,852 3,1%
KV	236,639 0,8%	245,782 3,9%	257,653 4,8%	272,179 5,6%	280,162 2,9%	297,068 6,0%	302,118 1,7%	308,463 2,1%
REU3M	2,33 -0,99	2,11 -0,23	2,19 0,08	3,08 0,90	4,28 1,20	4,63 0,35	1,23 -3,40	1,21 -0,02
REU10J	4,11 -0,84	4,07 -0,04	3,36 -0,71	3,80 0,43	4,29 0,49	4,25 -0,04	4,01 -0,24	4,22 0,21

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
USD/EUR	1,132 19,7%	1,244 9,9%	1,245 0,1%	1,256 1,0%	1,371 9,1%	1,471 7,3%	1,391 -5,4%	1,353 -2,7%
GBP/EUR	0,692 10,1%	0,679 -1,9%	0,684 0,8%	0,682 -0,3%	0,685 0,4%	0,797 16,3%	0,890 11,7%	0,882 -0,9%
YEN/EUR	131,033 10,9%	134,421 2,6%	136,828 1,8%	146,096 6,8%	161,256 10,4%	152,381 -5,5%	130,592 -14,3%	135,905 4,1%
CHF/EUR	1,521 3,7%	1,544 1,5%	1,549 0,3%	1,573 1,6%	1,643 4,5%	1,587 -3,4%	1,510 -4,9%	1,511 0,1%

---

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,  
Helmut Hofer, Robert M. Kunst, Ulrich Schuh, Edith Skriner, Ludwig Strohner, Klaus  
Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2009-2010

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 59

Redaktion: Isabella Andrej

© 2009 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>

---